

# Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der Lübecker Volksbote erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50 52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Donnerstag, den 1. Juni 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer des „Lübeker Volksboten“ am Freitag Nachmittag.

## Reichstagschluss!

Berlin, den 30. Mai 1905.

Um 12 Uhr mittags mußte heute noch kein Abgeordneter, wie sich die Dinge im Reichstage abwickeln würden. Drei Stunden später war die Session geschlossen. Man kann getrost behaupten, daß sich kein Parlament solcher Ueberraschung gegenüber, und daß sich kein Parlament eine solche Behandlung von Seiten der Regierung gefallen ließ. Beides ist der Vertretung des deutschen Volkes vorbehalten geblieben. Was es heißt, daß der Reichstag heute geschlossen worden ist, kommt erst voll zum Bewußtsein, wenn man sich erinnert, daß mit diesem Sessionsschluss alle unerledigten Vorlagen, Anträge, Berichte, Petitionen usw. einfach unter den Tisch fallen und für eine neue Behandlung im Reichstage ihren Lebensweg vom ersten Schritte an wiederholen müssen. Die Ueberraschung, die der Ueberraschung mußte um so größer sein, als noch in den letzten und allerletzten Tagen im Reichstag mit Vollstimmigkeit gearbeitet wurde, als ob es gälte, noch möglichst viel unerledigtes zum gleichmäßigen Abschluss zu bringen. Das Mindeste war, daß jeder glaubte, die Kamerunbahn-Vorlage solle erledigt werden, vielleicht auch noch die Börsenvorlage und die Militärpensionsgesetze; dachte man doch sogar, und zwar ganz ernsthaft, an Pfingstferien und ein Wiederaufnehmen der Arbeiten nach ihnen. Für zweifelhaft wurde nur gehalten, ob mit solcher Erledigung der Arbeiten dann verlagert oder geschlossen werden würde. Aber doch heute, wo noch aus der fernsten Ecke des Reiches pilgernde Abgeordnete nach Berlin geeilt waren, wo der Reichstag extra mehrere Tage ausgesetzt hatte, um ein beschlußfähiges Haus zusammen zu bekommen, — daß heute der Reichstag geschlossen werden würde, daran hatte, daß könnte man getrost beider, niemand gedacht. Wie plötzlich die ganze Sache gekommen ist, dafür geben auch die Auslosungen des Präsidenten einen drastischen Beweis, mit denen er heute Mittag den Senatorenkonzert eröffnete. Ich bedaure, so sagte er, die Mitteilung des Sessionsschlusses erst so spät machen zu können, er habe aber erst gestern Nachmittag um 5 Uhr Kenntnis von den Absichten der Regierung erhalten. Bis dahin sei es unentschieden gewesen, ob Schluss oder Vertagung stattfinden sollte. Was er diesen Entschuldigungen hinzufügte, entbehrt auch nicht des Interesses; ist aber nicht zu kontrollieren. Sowohl der Reichstagspräsident wie die für die Entscheidung maßgebende Stelle seien nicht grundsätzlich einer Vertagung abgeneigt gewesen; von der entscheidenden Stelle sei zuvor Rücksicht gehalten worden bei den an dieser Frage besonders interessierten Vertretern der Bundeshauptstädten, die sich einstimmig für den Schluss der Session ausgesprochen hätten, und zwar vorzugsweise aus verfassungsmäßigen beziehungsweise konstitutionellen Gründen, weil sie es nicht für richtig hielten, es zur Gewohnheit werden zu lassen, daß der Reichstag in Permanenz lage. Dazu sei die praktische Erwägung getreten, daß wahrscheinlich die nächste Session mit wichtigen Aufgaben belastet werde, die viel stärkere Gründe für eine weitere Vertagung des Reichstages von 1906 bis 1907 ergeben würden. Er stelle aber hiermit ausdrücklich fest, daß der Schluss dieser Session nicht aus irgend einer geringen Stimmung an irgend einer Stelle hervorgegangen sei. Wie gesagt, es ist schwer zu kontrollieren, was an diesen Äußerungen völlig Wahres ist, besonders, inwieweit die letzte tröstliche Bemerkung richtig ist. Jedes für uns ist die Frage nach Wahrheit und Dichtung in diesen Auslassungen völlig gleichgültig. Fest steht, daß kein einziges Parlament der Welt, das irgend etwas auf sich hielte, sich gefallen lassen würde, daß derart über seine Tätigkeit hinter seinem Rücken ohne jede vorherige Aussprache bestimmt werden würde! Der bürgerliche Parlamentarismus in Deutschland aber ist so einverig und achtet sich selbst so gering, daß er sich diese neue schändliche Däsege ebenso ohne jedes Wimperzucken hat geben lassen, wie all die andern vorher. Eine vergleichsweise nicht geringere Mißachtung des Reichstages hat die Regierung noch in der heutigen Sitzung als Extrabeilage gegeben. Es kam nämlich noch immer unerledigte Eingriffe in die Immunität der Reichstagsabgeordneten zur Erörterung, den sich ein Unterredner dem Abgeordnetenessen gegenüber erlaubt hatte. Nach Artikel 31 der Verfassung kann bekanntlich kein Mitglied des Reichstages ohne dessen Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn er bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächsten folgenden Tages ergriffen wird. Man war gegen diesen ohne Genehmigung des Reichstages ein Strafverfahren eingeleitet, ja sogar eine Inhaftierung bei ihm vorgenommen

worden. Die Sache hatte den Reichstag wiederholt beschäftigt, war dann, wie in allen solchen Fällen, an die Geschäftsordnungs-Kommission gegangen, und diese hatte einstimmig ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß hier eine offensichtliche Verletzung der Verfassung vorliege, eine Auffassung, gegen die auch nicht der leiseste Zweifel laut werden konnte und auch nicht laut wurde. Bei solcher Lage der Dinge sollte man meinen, hätte eine Regierung, welche außer sich über auch den zweiten Faktor der Gesetzgebung achtet von selbst offen im Reichstage ihr Misfallen über diesen biedereren Umständer, der die Gesetze nicht respektiert, zum Ausdruck bringen müssen und zugleich die Versicherung abgeben müssen, daß dieser Umständer gebührend gerügt werden würde. Aber nichts von beiden geschah! Es war nicht einmal irgend ein Vertreter der Justiz am Bundesratstische zu sehen! Es ist eben in allen diesen und allen früheren ähnlichen Fällen die gleiche Sache: der Reichstag hat die Regierung, die er vertritt. Die bürgerliche und feudalkonzerne Majorität des Reichstages hat sich selbst durch ihr sorgloses hündisches Nachgeben der Regierung gegenüber so um alle Autorität gebracht, daß man an gewissen Stellen eben auf sie pfeift.

Was die Tätigkeit des Reichstages in der so abgeschlossenen 1. Session der 11. Legislaturperiode betrifft, so wird darauf noch wiederholt zurückzukommen sein. Für heute sei nur an die Arbeitsleistung erinnert, die der Reichstag in diesem zweiten Sessionsschnitt vom 29. November 1904 bis heute erledigte beziehungsweise erledigen sollte. Der Reichstag hat in diesem Sessionsschnitt 183 Tage getagt und während dieser Tagung 93 Sitzungen des Plenums und 172 der verschiedenen Kommissionen abgehalten. Erledigt sind u. a. 16 Gesetzentwürfe der Regierung, einschließlich des Etats und 11 internationale Abkommen; unerledigt sind von Regierungsvorlagen u. a. 9 Gesetzentwürfe und fünf andere Vorlagen. Von den Mitgliedern des Reichstages sind in diesem zweiten Sessionsschnitt 12 Initiativanträge eingebracht worden. Von diesen und den im ersten Sessionsschnitt eingebrachten noch unerledigten 84 Anträgen sind 7 angenommen worden, 2 abgelehnt und ein Gesetzentwurf ist zur Berücksichtigung überwiesen worden. Unerledigt geblieben sind daher 86 Anträge, ebenso von 33 eingebrachten Etat-Resolutionen 26! Von den 1302 eingegangenen Petitionen ist mehr als die Hälfte überhaupt nicht einmal bis zur Kommissionsberatung gelangt. Auf den materiellen Inhalt dieser an sich gewiß umfangreichen Tätigkeit wird, wie gesagt, im einzelnen noch zurückzukommen sein und dabei zu untersuchen sein, was davon im Interesse des Volkes geleistet wurde. Für die neue Session, die schon im Oktober ihren Anfang nehmen soll, steht jetzt schon die Erörterung, ein unheimliches Programm fest: Marinevorlage und Reichsfinanzreform, dazu komme von neuem: Börsenvorlage, Militärpensionsgesetz, Kamerunbahn und die neuen Aufwendungen für Südwestafrika. Ein Programm, das ernsthaft und vollstündig gemacht ist, um uns alle anzuspornen, die Agitation im Volke zur Aufklärung und zur Gewinnung für unsere Partei auch nicht eine Stunde nach diesem Reichstagsabschluss ruhen zu lassen!

## Die Wahlrechtungsvorlage in der Lübecker Bürgererschaft.

P. I. Am Montagabend hatte sich das Plenum der Bürgererschaft mit der Wahlrechtungsvorlage zu beschäftigen, die wie letzten eine andere, monatlang einen Sturm der Entrüstung in der Lübecker Bevölkerung hervorgerufen hat: mit der sogenannten Wahlreform. Während der Sitzungszeit nur die gewohnte Brille von „Volksvertretern“ aufwies, boten die Tribünen ein sehr helles Bild. Die für die gewöhnlichen Sterblichen bestimmten Logen waren bis auf den letzten Platz gefüllt und viele Leute mußten stehen, da keine Unterkunftsplätze mehr vorhanden waren. Die Senatstribüne zeigte ebenfalls eine starke Besetzung; auch eine ganze Anzahl Damen waren anwesend, die neugierig mit Bogenzügen und Operngläsern die Anwesenden musterten.

Als das übliche akademische Viertel verstrichen war, eröffnete der Vorsitzende Stiller die Sitzung. Nach einer kurzen Mitteilung vom Senatstische, die im beliebtesten Murren gemacht wurde, so daß man nichts davon verstehen konnte, begann die Beratung der Wahlrechtungsvorlage. Unter gespannter Aufmerksamkeit aller Anwesenden, die jedenfalls eine längere Einleitung erwarteten, nahm das Wort Senator Dr. Schön, doch nur um einige allgemeine Redewendungen von sich zu geben. Keine Begründung erfolgte, sondern nur der kurze Hinweis darauf, daß die Vorlage lange so breit sei und im Interesse des „Staatswohls“ liege. Dann sagte jeder Redner dasselbe Sprüchlein auf, das er bereits im Unterhändlerischen Verein zum Vortrage gegeben hatte. Eine richtige Höhepunkt hatte

die ganze Debatte überhaupt nicht. Etwas lebhafteres Interesse erweckten nur die Reden des Herrn Bape und der Senatoren J. H. Evers und Dr. Neumann.

Es wurde auch von den verschiedenen Rednern ganz richtig betont, daß absolut nichts Neues zum Vorschein gekommen sei. Nur das brüchteste aus den meisten Ausführungen, die aus der Mitte der Bürgererschaft gemacht wurden, hervor, daß den Herren der Rechtsbank noch nicht weit genug geht. Von den 16 Mandaten, die gnädigst der Arbeiterschaft überlassen werden sollen, müssen noch einige abgeknipft werden, was war der Herzenswunsch der meisten „Volksvertreter“, und deshalb stimmten sie nachher für erneute Kommissionsberatung. Die Kommission ist denn auch größtenteils aus Leuten zusammengesetzt worden, deren Namen für eine „Reform“ im reaktionären Sinne bürgen.

Als Hauptgrund, weshalb man in dem parlamentarischen Beratungswahlrecht, wurde angegeben, daß in der bisherigen Kommission das System der Verhältniswahl nicht genügend erörtert worden sei. Das wurde jedoch vom Senatstische aus bestritten. Wir Sozialdemokraten hätten sicher gegen die Einführung des Proportionalwahlsystems nichts einzuwenden, wenn dasselbe in angemäße zur Anwendung gelangt, denn dann würden alle Gruppen die richtige Vertretung erhalten. Was es jedoch von den meisten Bürgerchaftsmitgliedern, die sich dazu äußerten, gewünscht wird, bedeutet es den Gipfel der Ungerechtigkeit. Man will die Verhältniswahl nur für die zweite Klasse einführen und dazu den Bonus wiederherstellen. Wenn man dann noch die 2000 Mark-Grenze auf 3000 Mark erhöht, so wird für das kleine Bürgertum noch eine stattliche Anzahl Mandate auf Kosten der Arbeiterschaft herauskommen, denkt man. Sogar dem Senat erschien dies Verfahren zu reaktionär, denn Senator Dr. Neumann mußte konstatieren, daß die Bürgerchaft, wie bereits früher, rückwärtslicher sei, als der Senat. Und das will doch etwas heißen.

Als prinzipieller Gegner der Wahlrechtung trat nur Herr A. Bape auf den Plan, der mit beständiger Fronte die Senatsvorlage bekämpfte. Er wies darauf hin, daß man mit diesem Gesetz, das von der Sozialistenfurcht geboren sei, nur unsere Partei neue Anhänger zuführen würde. Als er dann mit vollem Rechte den groben Schwundel des Amtsblattes mit der angeleglichen Versicherung Behaltens festsetzte und verlangte, daß die Begründung einer Vorlage keine Unwahrheiten enthalte, zog er sich eine Rüge des Vorsitzenden zu, die so recht deutlich die „Redefreiheit“ in der Bürgerchaft illustrierte. Alle Welt hat für die Manipulation des Amtsblattes nur den Ausdruck Schwundel; in der Bürgerchaft darf er jedoch nicht gebraucht werden. Und dabei ist Herr Stiller selbst einmal freikennig gewesen? Zu einem zweiten Tagesbesuch mit dem Vorsitzenden kam Bape, als er ironisch die Anfrage an den Senat richtete, ob die Broschüre Dr. Ludwigs auf Senatstischen gedruckt sei. In erregter Weise forderte Herr Stiller, daß solche „physischen Redewendungen“ unterbleiben, sonst würde er die Redefreiheit noch mehr begrenzen; das soll jedenfalls heißen, daß der betreffende Redner ein Pfaffen auf den Mund bekommt. Treffend und beißend zugleich war auch die ironisch geäußerte Versicherung, daß, wie zukünftig in der Bürgerchaft, so auch im Senat, der höhere Gehalt ein erweitertes Recht erhält. Ausgeschlossen ist das sicherlich nicht!

Gegen die Ausführungen Bapes wurden sachliche Einwände von den nachfolgenden „liberalen“ Rednern überhaupt nicht gemacht. Es wurde nur gesagt, daß Bape die Verhältnisse nicht richtig beurteilen könne. Daß man auch so etwas wie Prinzipien haben muß, wenn man im politischen Leben steht, scheint jenen Herrn unbegreiflich zu sein! Man darf sich darüber auch kaum wundern; gehören ja die meisten Mitglieder der Bürgerchaft zur national-liberalen Partei, die nur Wandlungsfähigkeit und Rückgratlosigkeit von ihren Angehörigen verlangt.

Nicht uninteressant war es übrigens zu hören, wie ein Reaktionsär von andern Kameraden noch als einen weit schlimmeren Rückschrittler bezeichnete. Schließlich ersuchte Geheimrat Brecht, ebenfalls ein national-liberaler Rückschrittler, vom Schemel bis zur Sohle, diese „Schlagworte“ zu unterlassen, indem er vorstehend angeführte Tatsache konstatierte.

Von Bape war auch darauf hingewiesen worden, daß wir im Schillerjubiläumsjahr leben, und gewünscht, daß Herr Dr. Benda, der doch bei den Schillerfesten den Freiheitskämpfer gefeiert hatte, aufstehen und gleich Herrn Hoffmann in Hamburg die Senatsvorlage bekämpfen möge. Selbstverständlich liebt Herr Dr. Benda nur herzlich die Geistesfreiheit; bei seiner Stellung als Staatsanwalt ist das ja auch ziemlich erklärlich. In der Prologik er aber für die Volkentwertung, darüber hat er noch nie Zweifel obwalten lassen. Der Herr Staatsanwalt blüht hüben und Schwiege; aber an seiner Stelle redete ein anderer,

nungen erblickt, die den Arbeiterstandpunkt unerschleiert zum Ausdruck bringen. Die Arbeiterkammern sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Gutachten zu erlassen, Beschwerden zu führen bei der Veranlassung von Enquêtes und arbeitsstatistischen Aufnahmen, insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes, sowie an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.

Der Kongress erblickt in dem geplanten Anschluß solcher Arbeitervertretungen an die Gewerbegerichte nur den Versuch, die Wirksamkeit dieser Organe zu verkleinern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiterschaft auszuschließen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, verweist der Kongress diese, wie jede andere Lösung, die der Schaffung selbständiger Arbeiterkammern entgegensteht.

In der Diskussion erklärt Reichstagsabg. Krüger im Namen der Metallarbeiter, daß sie von den Argumenten Hues nicht überzeugt worden seien. Es handle sich um eine reine Doktrine, und da sei es sehr schwer zu begreifen, weshalb Hues mit solcher Schärfe gegen Unrecht polemisiert habe. (Sehr richtig!) Eigentümlich sei es, daß Hues ihm Kompromißsucht vorwarf. Hues, der eben von der Steuereinkommenskommission mit ihren Telegrammen an den Reichskanzler herkomme. Wunderlich sei auch sein Lob der Hirsch-Dundrichen, für die im Reichstage ein Herr Dr. Müggen für reine Arbeiterkammern eingetreten sei. In der Tat handle es sich bei den Arbeiterkammern um ein Kompromiß. (Heiterkeit.) Die Reichstagsverhandlungen, die Einigungs-Verhandlungen vor den Gewerbegerichten, die ganze Tätigkeit eines Gewerkschaftsführers — das alles ist ein Kompromiß, ein Schachern und Feilschen das ganze Jahr hindurch. Erhalten wir reine Arbeiterkammern, so gibt es auch keine Unternehmerkammern, die bisher nicht vorhanden sind, da Handwerker- und Handwerkskammern wenig Bedeutung haben. (Widerspruch.) In paritätischen Vertretungen läßt sich manches erreichen. Nebenher erinnert daran, daß die Unternehmervertreter im Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts mit den Arbeitern gegen die Buchhändlervorlage protestiert hätten.

Maffanti-Berlin (Buchdrucker) wendet sich gegen Unbrecht. Seine Hoffnung, daß paritätische Kommissionen allgemein für Tarifverträge sorgen würden, sei irrig. Nur die Macht der Organisationen bringe Takte zu Stande. Mit gewissermaßen Kommissoren lasse sich auch nicht für die Erweiterung des Koalitionsrechts, für Erweiterung des wirtschaftlichen Rechts der Arbeiter eintreten. Das können nur reine Arbeiterkammern. Nur sie werden für Verkürzung der Arbeitszeit wirken, nicht aber paritätische Vertretungen. Selbst wenn man annehmen wollte, daß hier und da ein sozialgeschwängelter Unternehmer (Heiterkeit) in der Arbeiterkammer säße, bei ernstlichen Konflikten würde er von seinen Kollegen fortgelassen werden. (Sehr richtig!)

Deinhardt-Stuttgart (Holzarbeiter) lehnt es ab, zu den Neutralitätsdiskussionen oder Bernsteinianern gezählt zu werden, wenn er für Arbeiterkammern eintritt. Die sozialdemokratische Partei hat in dieser Frage kein Dogma aufgestellt. In verschiedenen Landesparlamenten haben, als die Frage aktuell wurde, sehr unentwegte Parteigenossen für Arbeiterkammern sich erklärt. Zur Vertretung von Arbeiterinteressen sind eben nur Arbeiter fähig. Bekommen wir keine Arbeiterkammern, so verzichten wir lieber ganz darauf. (Beifall.)

Hemmer-München (Zimmerer): In Arbeiterkammern mag ja der reine Arbeiterstandpunkt präziser zum Ausdruck kommen. Aber was wird damit erreicht, daß dieser Standpunkt immer wieder zum Ausdruck kommt? (Widerspruch.) Wir wollen etwas mehr, wir wollen für die Arbeiterschaft Vorteile auf allen Gebieten erlangen. Das können wir am besten in paritätischen Kommissionen, weil wir dort auf diejenigen, die das Heft in Händen haben, Einfluß ausüben können. (Widerspruch und Zustimmung.) Wenn die Unternehmer uns gegenüberstehen, dann unterlegen sie häufig unserer Suggestion. (Widerspruch. Rufe: Eher umgekehrt.)

Silberstein-Berlin (Maurer) tritt für Arbeiterkammern ein. In Arbeiterkammern würden die Wünsche der Arbeiter so geäußert werden, daß sie, wenn sie in die Öffentlichkeit kämen, nicht mehr wieder zu erkennen seien. Die Erfahrungen mit Arbeitervertretern in Ortskrankenkassen in der Provinz zeigen, daß sie häufig dem Einfluß der Unternehmer unterliegen. Auch in manchen Arbeiterkammern würden einzelne Arbeitervertreter aus Furcht vor Hunger und Ent-

lassung mit ihrer wahren Meinung zurückhalten. (Sehr richtig!)

Weißner-Frankfurt a. M. (Holzarbeiter) und Weinschild-Offenbach (Portefeinler) treten für Arbeiterkammern ein, ebenso Polorny-Bwaldau (Bergarbeiter), während Reichel-Stuttgart (Metallarbeiter) unter Berufung auf den Mangel eines Verständigungsgorgans im Bergarbeiterstreik sich für Arbeiterkammern entscheidet. Als letzter Redner stellt sich Albrecht-Berlin (Gärtner) vollkommen auf Hues Standpunkt. Die Referenten erhalten morgen früh das Schlusßwort. Die Abstimmung wird namentlich sein. Danach Raifester. — Heute nachmittag findet die Abreise statt. — Schlusß 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Soziales und Parteilieben.

Die Lithographen und Steinbrucker in Stuttgart haben am 28. Mai ihre Klagen eingereicht. Bezug ist fernzuhalten!

Der Letzte! Wie wir schon kurz berichteten, ist nun auch der letzte der im Vöbtauer Prozeß zu unerhöht schweren Strafen Verurteilten, der Bauarbeiter Zwager, aus dem Zuchthaus in Waldheim entlassen worden. Er war der am härtesten Verurteilte, 10 Jahre sollte er hinter Kerkermauern büßen für eine Verletzung, die sonst mit kleinen Gefängnis- oder gar Geldstrafen gesühnt wird, wenn überhaupt ein Kläger erhebt. Die übrigen acht Verurteilten bedachte jenes Frommholtsche Urteil, das in der ganzen zivilisierten Welt ungeheures Aufsehen und in allen Volksteilen tiefste Empörung hervorrief, mit 4 Jahren Gefängnis bis zu 9 Jahren Zuchthaus. Insgesamt wurden 53 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Gefängnis über die neun Arbeiter verhängt, die sich, schwer gereizt von einem brutalen Unternehmer, im Horn hinreichend. Landfriedensbruch konstruierte man aus einem gewöhnlichen Kravall, wie sie alle Tage im Leben vorkommen, ohne daß meistens großes Aufsehen davon gemacht wird. Und nur besondere Nebenstände führten das Gericht zu einer Mißgunst, der dann jenes in seiner Art einzig dastehende Urteil entsprang, das auch in bürgerlichen Kreisen als ein Klassennurteil bezeichnet worden ist. Die Opfer jenes Prozesses sind alle vorzeitig durch Gnadenakte, unter Erlaß eines großen Teiles der Strafe, der Freiheit wiedergegeben worden. Zwager hat mit der Untersuchungshaft — von der den Verurteilten nicht 5 auf die Strafe verrechnet wurde! — hinaus sieben Jahre im Zuchthaus zugebracht. Nichtig! 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahre wurden ihm erlassen unter Anwendung sogenannter Bewährungsfrist. Er darf sich bis zum Termin des elastischen Ablaufs der Strafe nicht das geringste gegen Behörden, Richter usw. zu schulden kommen lassen. Sonst hat er zu gewärtigen, die Strafe doch noch voll verbüßen zu müssen. Es ist also eine Art bedingter Begnadigung. Durch diese vorzeitigen Entlassungen ist jenes Urteil etwas korrigiert, gemildert worden. Und die öffentliche Meinung dürfte daran ein gewisses Verdienst haben. Mit der Entlassung des letzten der Vöbtauer Verurteilten hat dieses Justizdrama des Klassenstaats sein Ende gefunden. Vergessen wird es niemals werden!

## Aus Was und Fern.

Selbstmord im Zuchthaus. In der Strafanstalt zu Wolfenbüttel erhängte sich dieser Tage ein zu mehrjährigem Zuchthaus verurteilter Sträfling mit einem Handtuch. Seine Strafszeit wäre am nächsten Montag beendet gewesen. Die Furcht, in seinem weiteren Fortkommen gehindert zu sein und wieder auf die Verbrechensbahn gedrrieben zu werden, haben den Bedauernswerten zum Selbstmord veranlaßt.

Ultramontane Milch. Ein Brautpaar, welches Hochzeit machen wollte, bestellte bei dem Milchhändler Niewels in Dorstfeld die Milchlieferung zum Hochzeitstische, welche auch zugefagt wurde. Als man dann am Tage vor der Feier noch einmal wegen der Milchlieferung vorschrieb, wurde die Milch verweigert, weil der Brautigam, welcher katholischer Konfession ist, sich evangelisch trauen lassen wollte und solches auch getan hat. Wenn der Milchhändler Niewels nun konsequent sein will, darf er in Zukunft nur an katholisch getraute Familien Milch liefern. Ferner er darf in Zukunft nur von den Landwirten Milch beziehen, die Kühe mit ultramontaner Gesinnung besitzen.

Die Heiligkeit der Familie wurde wieder einmal durch eine Verhandlung, die am 23. Mai die Strafkammer des Landgerichts in Erfurt beschäftigte, grell beleuchtet.

Als Ehebrecher mußte der in Straßund 1862 geborene Hauptmann a. D. v. Edartberg, früher im Grenadierregiment Nr. 7, auf der Anklagebank Platz nehmen. Es war die alte Geschichte, erst die Frau eines Kameraden verführte und dann ein Duell. Der Stabsarzt Scholz vom habsbischen Infanterieregiment Nr. 111 zog nach China, um dort den Bogern Moses zu lehren, seine Frau ließ er dahelheim. Dem Herrn Hauptmann schenkte diese bald Geheir, aus dem freundschaftlichen wurde ein intimes Verhältnis. Nach der Rückkehr erfuhr der betrogene Gatte die Geschichte. Ueber die Stellvertretung des Herrn Hauptmann nicht sehr erfreut, kam er mit ihm in einen Wortwechsel. Nach den in Offizierskreisen geltenden Ehebegriffen konnte die beleidigte Ehre nur durch ein Duell wieder repariert werden. Der Stabsarzt forderte den Herrn Hauptmann auf Biskolen. In der Nähe von Erfurt ging die Schießerei vor sich, wobei der Stabsarzt schwer verwundet wurde. Da die intimen Geheirten einer solchen Eheirung nichts für die Öffentlichkeit bieten, wurde dieselbe während der Verhandlung ausgeschlossen. Vom Staatsanwalt wurden 4 Jahre Festung beantragt, der Gerichtshof schätzte den Fall aber etwas milder ein, insofern der Herr Hauptmann a. D. zwei Jahre je sechs Monate ein hohes Gefängnis aus einer Festung beziehen kann — wenn er nicht in kurzer Zeit begnadigt wird.

Im Totenhause. Der „Vöbisch-pfälzischen Volksg.“ wird aus einem kleinen Ort in Baden mitgeteilt, der dortige Kaplan habe einem Schüler wegen einer geringen Verletzung erst sechs schwere Streiche, sogenannte „Tahen“, auf die Hände gegeben und ihn dann in die Totenkammer sperren lassen. Wöbisch heißt es in dem Berichte: Nachmittags 3 Uhr erkrankte in der Schule der Volksgeldner des Ortes auf Veranlassung des Kaplans, um den letzten Epiph zu holen. Der Knabe sollte in den Totenrest (sogenannte Klementenkammer), der seit jeher als Totenkammer für Aufbewahrung der Leichen von Selbstmördern dient, eingeliefert werden. Der vor Uralt in Schwelm lebende Knabe wehrte sich, was er konnte. Das ist natürlich, wenn man sich vorstellt, welches Grauen vor einer solchen Totenkammer in kleinen Orten auch ältere Leute haben. Wer vermag da die schreckliche große Angst und Furcht, den Schrecken des Todes selbst zu erfaßt, wenn er die schrecklichsten, furchtbaren Gesichtszüge des Mannes erblickt? Den hochwürdigsten Herrn Kaplan aber ergriß kein menschliches Mitleid, er ließ den kleinen Knaben aus der Hand und warf ihn mit Gewalt in den Boden. Dann packte der Volksgeldner den armen Knaben und schleppte ihn in die Totenkammer. In diesem unheimlichen Raum vor das Kind von Nachmittags 3 Uhr bis abends 7 Uhr eingeschlossen. Man stelle sich die Leiden des Knaben in der schrecklichen, finsternen Totenkammer vor! Dabei gab es an dem Tage eine grimmige Kälte. Als das Kind abends nach 7 Uhr nach Hause kam, war es natürlich ganz erkrankt und krank. Die armen, besorgten Eltern glaubten mit warmen Wädern das Kind wieder herstellen zu können, sehen aber bald ein, daß sie ärztlichen Beistand nehmen mußten. Am 24. Januar kam der Arzt, der sofort Nervenchoc bei dem Knaben feststellte. Außerdem waren die Füße erfroren. — Der Kaplan ist vom Bischof von Mainz verstoßen worden. Ist das alles, was in der Sache geschehen ist oder geschehen soll?

Ein schändlicher Vandalismus wurde im Stadtgarten zu Stuttgart verübt. Die meterlangen biden Blätter der dort kürzlich aufgestellten Agaven sind vollständig abgeschnitten und zerstückelt worden. Von den hochstämmigen zähholzigen Succapflanzungen ist es dem Uebelthäter gelungen, eine abzuschneiden, während andere nur angeschnitten sind. Eine riesige Pflanzpalme im Werte von einigen hundert Mark ist ihrer mehrere Meter langen Blätter beraubt worden, soweit der Täter sie erreichen konnte. Das Wetterbäumchen ist vollständig demoliert. Im Parterre sind einige Rosenbäumchen abgeschnitten oder umgetreten. Die acht Succapflanzungen rings um das Bassin des Springbrunnens wurden alle mit sachgemäßem scharfen Schnitt abgetrennt. Im Fischweiser des Bassins sind von vielen Goldfischen der Versuch von Vergiftung wahrgenommen worden. Die Verwüstungen sind von einem Studierenden der Bauwerksschule verübt. Der junge Mann hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Durch einen heftigen Ausbruch des Vesuvus ist der westliche Teil des kleinen Regels unter Auswurf einer großen Menge Lava eingestürzt.

einen Diebstahl oder Betrug komme es ihm nicht an, erklärte er seinen Blicken, aber einen Mord möchte er nicht begehen. Meine Versprechungen lockten ihn, konnten seinen Sinn aber nicht wandeln. Unterstützen wollte er mich nach Kräften, aber die Tat selber nicht ausführen. Seiner Verschwiegenheit glaubte ich mich sicher, er war ein mutiger, energischer Charakter, sein eigener Vorteil, seine eigene Gefahr würden ihn als einen Mitschuldigen an mich ziehen. Wenn alles vorüber war, sollte er von mir für seine Dienste eine namhafte Summe erhalten, mit der er nach Australien auszuwandern beabsichtigte.

„Vor allem kam es darauf an, jeden Verdacht von vornherein von mir abzuwenden. Der Mord mußte als Raubmord erscheinen. Ottomar Stod brachte mich auf die Idee, einen Einbruch in Szene zu setzen, dessen Urheber der Behörde trotz aller Eignen als Mörder gelten würde. Er selber schaffte mir den rechten Mann. Er hatte Bekanntschaften in Verbrecherkreisen, man nannte ihn Koller, und es gelang ihm, diesen zu überreden, den Einbruch an einem bestimmten Abend und zu einer im Voraus bestimmten Zeit — denn er durfte höchstens eine halbe Stunde nach dem Mord geschehen — zu unternehmen. Ich selbst lieferte ihm die Wachsabdrücke, welche er dann an Koller weitergab, nur vom Sekretärtschloß gab ich keine, es sollte erbrochen werden, um das Bild eines gewaltsamen Einbruchs zu verklären.“

„Ich hatte im voraus mit Stod alle Vorsichtsmaßregeln verabredet. Er durfte mein Haus nicht persönlich mehr betreten, wir trafen uns abends oder zu anderen Zeiten unter Anwendung besonderer Vorsicht an abgelegenen Orten, wir bestellten uns durch postlagernde chiffrierte Briefe. Stod legte sich für seine Tätigkeit einen anderen Namen, den eines

Kapitän Morelly bei; er hatte in Amerika einen Vikusjohel gekannt, der sich diesen Namen beigelegt, und derselbe hatte ihm imponiert. So spielte er dem Publikum gegenüber eine regelrechte Doppelrolle: die des Kapitän Morelly mit einem Auge und einem falschen Bart, wenn er meine Geschäfte besorgte, und im gewöhnlichen Leben die eines harmlosen Stellasuchenden oder für kurze Zeit hier aufhaltenden Schauspielers Rönisch, auf dessen Namen er Papiere besah, die er irgendwo einmal gefunden oder in einer Herberge an sich gebracht hatte. Ueberall konnte man ihn nur als normalen Menschen, da er die Vorsicht gebrauchte, von Zeit zu Zeit den Gasthof zu wechseln und sein nur schwer und bei längerer Bekanntschaft erkennbares Gebrechen sorgfältig zu verbergen. Auf der Straße trug er zu diesem Zweck sogar noch eine blaue Brille. Er hatte auch für den Fall einer möglichen Ueberumpelung während seiner Tätigkeit für mich vorgesorgt. Ein langer schwarzer Mantel verhüllte seine Gestalt, darunter trug er einen kurzen Ueberrock, unter dem tief über den Kopf gezogenen weiten Hut eine Pelzmütze. So konnte er, entdeckt und verfolgt, sobald es ihm nur gelang, einen kurzen Vorsprung zu gewinnen, sein Neuzug vollständig umgestalten, und wenn er auch noch kein künstliches Auge einsetzte, so würde niemand in der ungeschaffenen Persönlichkeit den einäugigen Kapitän Morelly vermuten.“

„Ich will nicht versuchen, den Seelenzustand zu schildern, in dem ich mich bei Begehung der Tat befand. Um den Anschein der Abwesenheit zu erwecken, fuhr ich morgens nach Reichen, wo ich einen Bau auszuführen hatte. Das konnte nicht auffallen, da es jede Woche ein paarmal geschah. Ich blieb jedoch nicht so lange dort, als man später glaubt, sondern fuhr schon um sechs Uhr in einer von Morelly besorgten Bekleidung vierter Klasse heimlich zurück und schlich

mich durch die Straßen nach meinem Hause, das ich hinten durch die Gartentor betrat. Ich mußte, daß der Gärtner abwesend war, deshalb hatte ich diesen Wochentag gewählt. Von der Köchin und dem Mädchen brauchte ich nichts zu fürchten, beide hielten sich um diese Zeit gewöhnlich in der Küche auf, sie würden mich bei gehöriger Vorsicht nicht wahrnehmen.“

„Meine arme Schwester lag schlafend auf dem Sofa, als ich leise eintrat, sie hatte gelesen, und das Buch war heruntergefallen. Bei meinem Eintritt erweckte sie — darauf war ich gefaßt; ich hatte, um nicht ihren Verdacht zu erwecken, einen Handrock über die Blase gezogen und teilte ihr mit, ich sei gekommen, mit ihr noch einmal wegen der Gelbangelegenheit zu sprechen. Es war mir wirklich Ernst mit meiner Angabe, ich wollte noch einmal versuchen, im Guten von ihr zu erlangen, was ich bedurfte. Ich riegelte, was ihr unter diesen Umständen nicht auffallen konnte, die Tür ab, jede Störung fernzuhalten, dann drang ich in sie mit Bitten und Vorstellungen. Sie blieb bei ihrer früheren Entscheidung. Wir sprachen sehr lebhaft — das waren die Stimmen, welche der Briefträger Gumprecht vernommen hatte.“

„In unbeschreiblicher Aufregung schritt ich endlich der Tür zu, anscheinend um sie zu verlassen, in Wahrheit, um noch einmal hinaus zu blicken, ob alles sicher sei. Dann kehrte ich zurück, als ob ich noch einmal an ihre Liebe für mich zu appellieren gedenke, ich trat dicht an sie heran, meine Vorstellungen fortsetzend, und bevor sie noch ahnen konnte, was ich beabsichtigte, stieß ich ihr ein Messer, das Morelly mir besorgt, wiederholt in die Brust und erstickte durch Würgen des Halses ihre Hilferufe! (Fortsetzung folgt.)“

# Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Donnerstag, den 1. Juni 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Des Himmelstages wegen erscheint die nächste Nummer des „Lübener Volksbote“ am Freitag Nachmittag.

## Reichstagschluss!

Berlin, den 30. Mai 1905.

Um 12 Uhr mittags mußte heute noch kein Abgeordneter, wie sich die Dinge im Reichstage abwickeln würden. Drei Stunden später war die Session geschlossen. Man kann getrost behaupten, daß sich noch kein Parlament eine solche Behandlung von Seiten der Regierung gefallen ließ. Welches ist der Vertretung des deutschen Volkes vorbehalten geblieben. Was es heißt, daß der Reichstag heute geschlossen worden ist, kommt erst voll zum Bewußtsein, wenn man sich erinnert, daß mit diesem Sessionsschluss alle unerledigten Vorlagen, Anträge, Berichte, Petitionen usw. einfach unter den Tisch fallen und für eine neue Behandlung im Reichstage ihren Weidensweg vom ersten Schritte an wiederholen müssen. Die Ungeheuerlichkeit der Ueberbürdung mußte um so größer sein, als noch in den letzten und allerletzten Tagen im Reichstag mit Wollwampfen gearbeitet wurde, als ob es gälte, noch möglichst viel Unerledigtes zum geschwätigten Abschluss zu bringen. Das Mindeste war, daß jeder glaubte, die Kammerunbahn-Vorlage solle erledigt werden, viellecht auch noch die Börsenvorlage und die Militärpensionsgesetze; dachte man doch sogar, und zwar ganz ernsthaft, an Pfingstferien und ein Wiederaufnehmen der Arbeiten nach ihnen. Für zweifelhaft wurde nur gehalten, ob mit solcher Erledigung der Arbeiten dann verlagt oder geschlossener werden würde. Aber daß heute, wo noch aus der fernsten Teile des Reiches pflüchterige Abgeordnete nach Berlin geeilt waren, wo der Reichstag extra mehrere Tage ausgelegt hatte, um ein beschlußfähiges Haus zusammen zu behalten, — daß heute der Reichstag geschlossen werden würde, daran hatte, daß könnte man getrost beides, nie man gedacht. Wie plötzlich die ganze Sache gekommen ist, dafür geben auch die Ausstellungen des Präsidenten einen drastischen Beweis, mit denen er heute Mittag den Senatskonvent eröffnete. Ich bedauere, so sagte er, die Mitteilung des Sessionsschlusses erst so spät machen zu können, er habe aber erst gestern Nachmittag um 5 Uhr Kenntnis von den Absichten der Regierung erhalten. Was dahin sei es unentschieden gewesen, ob Schluss oder Vertagung stattfinden sollte. Was er diesen Entscheidungen hinzufügte, entbehrt auch nicht des Interesses; ist aber nicht zu kontrollieren. Sowohl der Reichstagsleiter wie die für die Entscheidung maßgebende Stelle seien nicht grundsätzlich einer Vertagung abgeneigt gewesen; von der entscheidenden Stelle sei zuvor Rücksicht gehalten worden bei den an dieser Frage in erster Linie interessierten Vertretern der Bundesstaaten, die sich einstimmig für den Schluss der Session ausgesprochen hätten, und zwar vorzugsweise aus verfassungsmäßigen, konstitutionellen Gründen, weil sie es nicht für richtig hielten, es zur Gewohnheit werden zu lassen, daß der Reichstag in Permanenz lage. Dazu sei die praktische Erwägung getreten, daß wahrscheinlich die nächste Session mit wichtigen Aufgaben beauftragt werde, die viel stärkere Gründe für eine weitere Vertagung des Reichstages von 1906 bis 1907 erheben würden. Er stelle aber hiermit ausdrücklich fest, daß der Schluss dieser Session nicht aus irgend einer gezeigten Stimmung an irgend einer Stelle hervorgegangen sei. Wie gesagt, es ist schwer zu kontrollieren, was an diesen Äußerungen völlig Wahres ist, besonders, inwieweit die letzte tröstliche Bemerkung richtig ist. Jedes, für uns ist die Frage nach Wahrheit und Dichtung in diesen Auslassungen völlig gleichgültig. Fest steht, daß kein einziges Parlament der Welt, das irgend etwas auf sich hielte, sich gefallen lassen würde, daß derart über seine Tätigkeit hinter seinem Rücken ohne jede vorherige Aussprache bestimmt werden würde! Der bürgerliche Parlamentarismus in Deutschland aber ist so einverig und achtet sich selbst so gering, daß er sich diese neue schändliche Dürftige ebenso ohne jedes Wimperzucken hat geben lassen, wie all die andern vorher. Eine vergleichsweise nicht geringere Mißachtung des Reichstages hat die Regierung noch in der heutigen Sitzung als Extrabeilage gegeben. Es kam nämlich noch über unerledigte Eingriffe in die Immunität der Reichstagsabgeordneten zur Erörterung, den sich ein Artikel der dem Abgeordneten Josen gegenüber erlaucht hatte. Nach Artikel 31 der Verfassung kann bekanntlich kein Mitglied des Reichstages ohne dessen Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn er bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Man war gegen Josen ohne Genehmigung des Reichstages ein Strafverfahren eingeleitet, ja sogar eine Hausung bei ihm vorgenommen

worden. Die Sache hatte den Reichstag wiederholt beschäftigt, war dann, wie in allen solchen Fällen, an die Geschäftsbearbeitungskommission gegangen, und diese hatte einstimmig ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß hier eine offensichtliche Verletzung der Verfassung vorliege, eine Auffassung, gegen die auch nicht der leiseste Zweifel laut werden konnte und auch nicht laut wurde. Bei solcher Lage der Dinge sollte man meinen, hätte eine Regierung, welche außer sich über auch den zweiten Faktor der Gesetzgebung achtet von selbst offen im Reichstage ihre Mißfallen über diesen biedereren Amtsrichter, der die Gesetze nicht respektiert, zum Ausdruck bringen müssen und zugleich die Verfassung übergeben müssen, daß dieser Amtsrichter gehörend gerügt werden würde. Aber nichts von beiden geschah! Es war nicht einmal irgend ein Vertreter der Justiz am Bundesratstische zu sehen! Es ist eben in allen diesen und allen früheren ähnlichen Fällen die gleiche Sache: jeder Reichstag hat die Regierung, die er verbietet. Die bürgerliche und feudalkonträre Majorität des Reichstages hat sich selbst durch ihr sorgfältiges händliches Nachgeben der Regierung gegenüber so um alle Autorität gebracht, daß man an gewissen Stellen eben auf sie pfeift.

Was die Tätigkeit des Reichstages in der so abgeschlossenen 1. Session der 11. Legislaturperiode betrifft, so wird darauf noch wiederholt zurückzukommen sein. Für heute sei nur an die Arbeitsleistung erinnert, die der Reichstag in diesem zweiten Sessionabschnitt vom 29. November 1904 bis heute erledigte beziehungsweise erledigen sollte. Der Reichstag hat in diesem Sessionabschnitt 183 Tage getagt und während dieser Tagung 93 Sitzungen des Plenums und 172 der verschiedenen Kommissionen abgehalten. Erledigt sind u. a. 16 Gesetzentwürfe der Regierung, einschließlich des Etats und 11 internationale Abkommen; unerledigt sind von Regierungsvorlagen u. a. 9 Gesetzentwürfe und fünf andere Vorlagen. Von den Mitgliedern des Reichstages sind in diesem zweiten Sessionabschnitt 12 Präliminaranträge eingebracht worden. Von diesen und den im ersten Sessionabschnitt eingebrachten noch unerledigten 84 Anträgen sind 7 angenommen worden, 2 abgelehnt und ein Gesetzesentwurf ist zur Berücksichtigung überwiesen worden. Unerledigt geblieben sind daher 86 Anträge, ebenso von 33 eingebrachten Etat-Resolutionen 26! Von den 1302 eingegangenen Petitionen ist mehr als die Hälfte überhaupt nicht einmal bis zur Kommissionsberatung gelangt. Auf den materiellen Inhalt dieser an sich gewiß umfangreichen Tätigkeit wird, wie gesagt, im einzelnen noch zurückzukommen sein und dabei zu untersuchen sein, was davon im Interesse des Volkes geleistet wurde. Für die neue Session, die schon im Oktober ihren Anfang nehmen soll, steht jetzt schon, ohne die Erörterung, ein unheimliches Programm fest: Marinevorlage und Reichsfinanzreform, dazu komme von neuem: Börsenvorlage, Militärpensionsgesetz, Kammerunbahn und die neuen Aufwendungen für Südwahrschaft. Ein Programm, das ernsthaft und volksfeindlich genug ist, um uns alle anzuspornen, die Agitation im Volke zur Aufrüstung und zur Gewinnung für unsere Partei auch nicht eine Stunde nach diesem Reichstagschluss ruhen zu lassen!

## Die Wahlrechtsvorlage in der Lübecker Bürgererschaft.

P. L. Am Montagabend hatte sich das Plenum der Bürgererschaft mit der Wahlrechtsvorlage zu beschäftigen, die wie schon eine andere, monatlang einen Sturm der Entrüstung in der Lübecker Bevölkerung hervorgerufen hat: mit der sogenannten Wahlreform. Während der Sitzungszeit nur die gewohnte Zahl von „Volksvertretern“ anwesend, boten die Redner ein sehr lebhaftes Bild. Die für die gewöhnlichen Sterblichen bestimmten Voten waren bis auf den letzten Pfah gefüllt und viele Leute mußten umfahren, da keine Unterkunftsgegenstände mehr vorhanden war. Die Senatstribüne zeigte ebenfalls eine starke Besetzung; auch eine ganze Anzahl Damen waren anwesend, die neugierig mit Drogenien und Operngläsern die Anwesenden musterten. Als das übliche akademische Viertel verstrichen war, eröffnete der Wortführer Stiller die Sitzung. Nach einer kurzen Mitteilung vom Senatstische, die im beliebten Murmelton gemacht wurde, so daß man nichts davon verstehen konnte, begann die Beratung der Wahlrechtsvorlage. Unter gespannter Aufmerksamkeit aller Anwesenden, die jedenfalls eine längere Einleitung erwartet hatten, nahm das Wort Senator Dr. Söden, doch nur um einige allgemeine Redewendungen von sich zu geben. Keine Begründung erfolgte, sondern nur der kurze Hinweis darauf, daß die Vorlage lange vorbereitet sei und im Interesse des „Staatswohls“ lege. Dann sagte jeder Redner nacheinander Sprüche auf, das er bereits im Vorkühnlichen Vortage zum Plenum gegeben hatte. Eine ruhigen Höhepunkt hatte

die ganze Debatte überhaupt nicht. Etwas lebhafteres Interesse erweckten nur die Reden des Herrn Bape und der Senatoren J. H. Ebers und Dr. Reumann.

Es wurde auch von den verschiedenen Rednern ganz richtig betont, daß absolut nichts Neues zum Vorschein gekommen sei. Nur das Lustete aus den meisten Ausführungen, die aus der Mitte der Bürgererschaft gemacht wurden, hervor, daß den Herren der Rechtsranb noch nicht weit genug geht. Von den 15 Mandaten, die gnädigst der Arbeiterschaft überlassen werden sollen, müssen noch einige abgeknipst werden, das war der Herzenswunsch der meisten „Volksvertreter“, und deshalb strömten sie nachher für erneute Kommissionsberatung. Die Kommission ist denn auch größtenteils aus Leuten zusammengesetzt worden, deren Namen für eine „Reform“ im reaktionären Sinn bürgen.

Als Hauptgrund, weshalb man kommissarische Beratung wünscht, wurde angegeben, daß in den bisherigen Kommissionen das System der Verhältniswahl nicht genügend erörtert worden sei. Das wurde jedoch vom Senatstische aus bestritten. Wir Sozialdemokraten hätten sicher gegen die Einführung des Proportionalwahlsystems nichts einzuwenden, wenn dasselbe in ungehöriger Anwendung gelangt, denn dann würden alle Gruppen die richtige Vertretung erhalten. Wie es jedoch von den meisten Bürgerchaftsmitgliedern, die sich dazu äußerten, gewünscht wird, bedeutet es den Gipfel der Ungerechtigkeit. Man will die Verhältniswahl nur für die zweite Klasse einführen und dazu den Genuss wiederherstellen. Wenn man dann noch die 2000 Mark-Grenze auf 3000 Mark erhöht, so wird für das kleine Bürgertum noch eine stattliche Anzahl Mandate auf Kosten der Arbeiterschaft herauskommen, denkt man. Sogar dem Senat erschien dies Verfahren zu reaktionär, denn Senator Dr. Reumann mußte konstatieren, daß die Bürgerchaft, wie bereits früher, rückwärtslicher sei, als der Senat. Und das will doch etwas heißen.

Als prinzipieller Gegner der Wahlrechtsvorlage trat nur Herr A. Bape auf den Plan, der mit beständiger Ironie die Senatsvorlage bekämpfte. Er wies darauf hin, daß man mit diesem Gesetz, das von der Sozialistenpartei geboren sei, nur unsere Partei neue Anhänger zuführen würde. Als er dann mit vollem Recht den groben Schwindel des Amtsblasses mit der angeblichen Neuerung behauptete, festsetzte und verlangte, daß die Begründung einer Vorlage keine Unwahrheiten enthalte, zog er sich eine Rüge des Wortführers zu, die so recht deutlich die „Rebefreiheit“ in der Bürgerchaft illustrierte. Alle Welt hat für die Manipulation des Amtsblasses nur den Ausdruck Schwindel; in der Bürgerchaft darf er jedoch nicht gebraucht werden. Und dabei ist Herr Stiller selbst einmal freikinnig gewesen? Zu einem zweiten Zusammenstoß mit dem Wortführer kam Bape, als er ironisch die Anfrage an den Senat richtete, ob die Broschüre Dr. Ludwigs auf Senatstischen gedruckt sei. In erregter Weise forderte Herr Stiller, daß solche „politischen Redewendungen“ unterbleiben, sonst würde er die Rebefreiheit noch mehr begrenzen; das soll jedenfalls heißen, daß der betreffende Redner ein Pfaffen auf den Mund bekommt. Treffend und beißend zugleich war auch die ironisch geäußerte Versicherung, daß, wie zukünftig in der Bürgerchaft, so auch im Senat, der höhere Gehalt ein erweitertes Recht erhält. Ausgeschlossen ist das sicherlich nicht!

Gegen die Ausführungen Bapes wurden sachliche Einwände von den nachfolgenden „liberalen“ Rednern überhaupt nicht gemacht. Es wurde nur gesagt, daß Bape die Verhältnisse nicht richtig beurteilen könne. Daß man auch so etwas wie Prinzipien haben muß, wenn man im politischen Leben steht, scheint jenen Herrn unbegreiflich zu sein! Man darf sich darüber auch kaum wundern; gehören ja die meisten Mitglieder der Bürgerchaft zur national-liberalen Partei, die nur Wandlungsfähigkeit und Rückgratlosigkeit von ihren Angehörigen verlangt.

Nicht uninteressant war es übrigens zu hören, wie ein Reaktionsär den andern immer noch als einen weit schlimmeren Rückgratler bezeichnete. Schließlich erfuhr die Gehelmat Recht, ebenfalls ein national-liberaler Rückgratstimm vom Schüssel bis zur Sohle, diese „Schlagworte“ zu unterlassen, indem er vorstehend angeführte Tatsache konstatierte.

Von Bape war auch darauf hingewiesen worden, daß wir im Stiller jubelnden Jahr leben, und gewünscht, daß Herr Dr. Benda, der doch bei den Schillerfesten den Freiheitsdichter gefeiert hatte, aufstehen und gleich Herrn Wofflohn in Hamburg die Senatsvorlage bekämpfen möge. Selbstverständlich liebt Herr Dr. Benda nur herzlich die Heiligkeit; bei seiner Stellung als Staatsanwalt ist das ja auch ziemlich erklärlich. In der Praxis ist er aber für die Volkentwertung, darüber hat er noch nie Zweifel obwalten lassen. Der Herr Staatsanwalt blieb sitzen und schwieg; aber an seiner Stelle redete ein anderer,

ein ebenso gewaltiger Sozialistenreflex, Dr. Wittern, M. d. R. g. d. S. (Mitglied des Reichsfinanzkommissionenverbandes gegen die Sozialdemokratie). Wir haben einmal gesehen, wie Bebel jenem Herrn die Höschen stramm zog; seit der Zeit haben wir ein gewisses Verständnis für seinen Sozialistenhass. Wer so wie Dr. Wittern damals abgefallen ist, der möchte seinem Gegner, dem er von vorne nicht bekommen kann, doch gar zu gern von hinten einmal in die Weine beißen, und dazu bot sich am Montag Gelegenheit. Da Dr. Wittern wusste, daß keiner der von ihm Angegriffenen ihm in der Bürgerschaft entgegenzutreten konnte, so bezeichnete er die Sozialdemokraten als Heuchler und Dumme. Sehr informiert scheint der brave Mann auch darüber zu sein, von wo aus unsere Bewegung geleitet wird; wenigstens erklärte er seinen erkrankten Zuhörern, daß das nicht von Ulbricht ausgehe. So? Daß Dr. Wittern mit seinen Ausführungen den gewünschten Beifall erzielte, ist bei einem solchen Auditorium, wie er es hatte, ohne weiteres klar. Wenn unsere Genossen in der Bürgerschaft vertreten gewesen wären, so hätte der Herr Bäckereianwalt wohl eine deutliche Antwort erhalten; so wollen wir ihn jedoch auf seinen Vorbeeren ausruhen lassen. Nur das soll noch festgehalten werden, daß Dr. Wittern den Standpunkt vertritt, daß die Argumente, mit denen man operiert, nicht wahr zu sein brauchen, wenn sie nur gut erfunden sind. Wie nennt man solche Moral?!

Wie bereits gesagt, wurde von allen Rednern, welche für die Vorlage eintraten, die abgedrohte Strafe vom Wohl des Staates ins Feld geführt. Wir haben schon wiederholt nachgewiesen, daß die Herren die Erhaltung ihrer eigenen Macht für das Staatswohl ansehen. Die Sozialdemokratie tritt nur für die Interessen einer Klasse ein, wir jedoch für die Gesamtinteressen, so heißt es. Als Beweis dafür, daß unter dem jetzigen Regime die Arbeiter nicht zu kurz kommen, wurden unsere Volksschulen angeführt. Wie unendlich viel mehr für die höheren Schulen ausgegeben wird, wurde jedoch nicht hinzugefügt. Sich selbst verpöthete Herr Peters, als er ganz ernsthaft anführte, die Millionen, die für Trabanten verschwendet werden, kämen der großen Masse zu gute. Wenn man nicht mehr ins Feld führen konnte, was von der gegenwärtigen „Volksvertretung“ für die Arbeiter geschehen ist, als die Volksschulen und Trabanten, so war das Blutwerk!

So ist nun die Wahlreform vorlage entgegen dem wiederholt geäußerten Wunsch des Senates, der eine sofortige Annahme verlangte, wieder an eine Kommission verwiesen worden. Schon in der Debatte wurde klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Vorlage eine herrschende und eine unterdrückte Klasse schafft. Anstatt nun die Vorlage etwas gerechter auszugestalten, dürfte die Kommission das Gegenteil tun. Diese Forderung ist sogar wiederholt von Senatsseite ausgebrochen worden. Was kann es ja schließlich einerlei sein, ob die Zahl der Arbeitermandate auf 10, 12 oder 6 festgelegt wird; ein Wahlrecht, das diesen Titel mit Recht führt, kann niemals eine Klasse zu Ungunsten einer anderen vorziehen. Wir fordern noch jetzt, wie wir es stets getan haben, ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte erblichen Steuerzahler über 20 Jahre. Daran ändert auch die alberne Redensart Prof. Baethges, daß man ja schließlich die Konfirmation als Wahlalter annehmen könnte, absolut nichts. Wir stellen uns eben in dieser Sache nicht auf den Standpunkt des Klasseninteresses, wie die Herrn vom Bürgerklub, sondern wir vertreten, wie immer, das Allgemeininteresse dadurch, daß wir allen Steuerzahlern das gleiche Recht zu teil werden lassen.

### Politische Nachrichten

**Rußland in Deutschland voran.** Eine Versammlung in Reichsbach i. Schl., in der Genosse Grempe über Rußlands Fehlschüsse einen Lichtbilder-Vortrag halten sollte, wurde noch vor ihrer Eröffnung aufgelöst. Sogar die Gaststube wurde geschlossen. Ein Teilnehmer wurde gefesselt abgeführt und Grempe verhaftet. — Wir haben es herrlich weit gebracht im deutschen Vaterlande.

**Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl** in Hameln-Springe erhielten nach einem vorläufigen Endergebnis: Brey (S.D.) 8712, Hausmann (N.) 8189, Lintze (Welfe) 4964 und Rehren (S. d. L.) 3739. Es hat demnach eine Stichwahl zwischen Genossen Brey und dem Nationalliberalen Hausmann stattgefunden. 1903 stellte sich das Stimmenverhältnis wie folgt: Brey (S.D.) 10198, Wallbrecht (N.) 7597, Lintze (W.) 4528 und Rehren (S. d. L.) 4219 Stimmen. — Nach dem bis jetzt vorliegenden Resultat hat unser Genosse demnach einen nicht unerheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Die Genossen des 9 Hannoverschen Kreises werden den Ursachen nachforschen müssen.

**Sarabien vor Gericht.** In der Begründung des unseren Lesern bereits bekannten Urteils im Krämer-Hilger-Prozess wird ausgeführt: Die Beleidigung wurde gefunden in den ironischen Bemerkungen: Berg, gewaltiger und hochthronender Berggrat, die sich als formelle Beleidigungen charakterisierten. Was die tatsächlichen zur Verhandlung gelangenden Fälle anlangt, so sei wohl von einer Seite bekannt worden, daß die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter schlecht seien und dies auf niedrige Löhne zurückgeführt. Es sei aber festgestellt worden, daß in normalen Verhältnissen der Lohn ansehnlich und auch noch Ersparrnisse gemacht worden seien. Indessen sei auch dem Angeklagten zu glauben, und sei ihm der gute Glaube nicht abzuspreehen. Bezüglich der systematischen Unterdrückung der politischen Rechte der Arbeiter habe die umfangreiche Beweisaufnahme ergeben, daß tatsächlich in vielen Fällen die politischen Rechte sehr eingeschränkt waren, das Beschränkte bestand in der Wahl der politischen Beamten und selbst höheren Beamten ungehörige Zumutungen geklärt worden seien.

Das von dem Angeklagten benutzte statistische Material sei als richtig anzuerkennen, er habe aber falsche Schlüsse aus diesem gezogen. Dem Angeklagten sei der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches unter allen Umständen zuzubilligen. Er habe hauptsächlich wie aus dem Inhalt der Flugblätter hervorgeht, die Absicht gehabt, seine Kameraden dem Bergarbeiterverband als Mitglieder zuzuführen; hierzu war er berechtigt, auch waren die Flugblätter geeignet, diesen Zweck zu erfüllen. Die Absicht der Beleidigung sei in dem ersten Flugblatt nur in den höhnischen Worten zu finden, wie „statistische Zustände“, „hochthronender Berggrat“, „Arbeiter-Freundlichkeit“. Mit Rücksicht darauf, daß die Beleidigung durch die Presse geschähen und so einem großen Kreis von Personen zugänglich gemacht worden sei, sei diese als eine schwere anzusehen und sei eine Strafe von 200 Mk., im Unvermögensfalle 14 Tage Haft, und die Kosten des Verfahrens dem Angeklagten aufzulegen. — Herr Hilger wird sich diese Begründung sicherlich nicht hinter den Spiegel stecken. Im Uebrigen scheint die Angelegenheit noch ein Nachspiel zu haben. Wie dem „Kattowitzer Tageblatt“ aus Kattowitz berichtet wird, sind der Aufsichtsrat der Vereinigten Königs- und Laurahütte, sowie sämtliche Direktoren der oberschlesischen Werke dieser Aktiengesellschaft telegraphisch nach Berlin zu einer außerordentlichen Sitzung berufen worden, um Stellung zu nehmen zu den Ergebnissen des Trierer Beleidigungsprozesses gegen den früheren Bergmann Krämer. Geheimrat Hilger, der in dem Prozesse als Nebenkläger aufgetreten war, ist gegenwärtig Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Will man ihn abfagen?

**„Erfolge“ unserer Kolonialpolitik.** Nach Meldung des Gouverneurs aus Kamerun brachen Unruhen im Gebiete zwischen den Flüssen Njoug und Diah aus. Angeblich ist der Kaufmann Hermann ermordet. Die Lage der dortigen Europäer ist bedroht. Bei dem Militärposten Kama hatte der Unteroffizier Kramer ein Gefecht, um die Post zu retten. Von der Expedition ist eine Kompanie der Schutztruppe unter Befehl des Oberleutnants v. Sobba am 20. Mai nach Kama abmarschiert. Eine neu formierte Expedition ist sofort als Ersatz nach Soboba geschickt. Die im Soboba-Gebiete anfalligen Bushmänner sind ruhig. — So lange wie's dauert!

**Ein „Provokationsplakat“.** Der Künstlerband ladet zu seiner Berliner Kunstausstellung durch ein Plakat ein, auf dem eine schlichte Frau am Mannstein Blumen pflückt, während oben geprezt eine hochhörnige Madame stolziert, die in einem profanen, im Siegesallee-Stil geformten Topf ein bejammerwürdig elendes Gewächs trägt. Der „Reichsbote“ demüthigt dieses harmlos vergnügliche Plakat gesträubten Haars: „Dieses Provokationsplakat gegen den Kaiser steht nun den ganzen Sommer über täglich an allen Anschlagtafeln und in allen Bahnhöfen. Das ist doch ein Skandal, wie ihn noch niemand sich erlaubt hat und man muß sich wundern, daß die Polizei das unbeanstandet gesehen läßt. Wahrscheinlich hat sie aber bisher nicht gewußt, was das Plakat bedeutet.“ — Da wird nichts anderes übrig bleiben, als dem Polizeipräsidenten schleunigst den Prozeß wegen Majestätsbeleidigung zu machen, denn er hat dies Plakat erlaubt.

**Gegen den Bergarbeiterschutz.** Die bergarbeiterfeindliche Koalition, die im preussischen Abgeordnetenhaus das Zustandekommen eines brauchbaren Gesetzes zugunsten der Bergarbeiter verhindert, bleibt bestehen; sie will ihr Treiben auch im Reichstage fortsetzen und auch dort das Zustandekommen eines Berggesetzes verhindern. Dies geht klar aus nachfolgender Notiz der „Nat. Lib. Kor.“ hervor: „Die Annahme des Berggesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus macht die auf dieselbe Materie zielenden Anträge im Reichstage hinfällig — wenigstens für das Zentrum und jeder Versuch, die Anträge der beiden anderen Parteien (der Sozialdemokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung) dennoch auf die Tagesordnung zu legen, dürfte abgewiesen werden. Kommt es über diese Tagesordnung zur Abstimmung, so stellt sich — nach den Erfahrungen der vorausgegangenen Tage — die Beschlunsfähigkeit des Hauses heraus.“ — Also: Obstruktion ist die Lösung der Herren!

**Trafikanten in neuer Auflage.** Der Beleidigungsprozess des Landstallmeisters v. Dettingen gegen den Lehrer Otto Nidel wird zum dritten Male das Berliner Landgericht beschickigen. Nachdem im Oktober 1904 das Reichsgericht die Revision des zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilten Lehrers Nidel endgültig verworfen hatte, beantragte sein Verteidiger Rechtsanwalt Hugo Sonnenfeld-Berlin die Wiederaufnahme des Verfahrens. Diesem Antrage hat nach Anhörung der von der Verteidigung benannten Zeugen das Kammergericht durch Beschluß seines Straßenrats stattgegeben. Nunmehr wird der Prozess, der seit 3 Jahren die Gerichte beschäftigt hat, in vollem Umfang erneut zur Verhandlung kommen. — Der zweite Angeklagte, Sanitätsrat Dr. Baalhow, welcher zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, ist inzwischen verstorben.

**Eine offizielle Komödie** findet gegenwärtig in Italien statt, nämlich eine Konferenz für das internationale Ackerbau-Institut. Ein reicher Amerikaner hat dem italienischen König eine bedeutende Geldsumme hinterlassen, mit der Bestimmung, daß diese Mittel zur Gründung und Erhaltung eines internationalen Ackerbau-Instituts verwendet werden sollen. Da nun niemand so recht weiß, wie ein solches Institut beschaffen sein müßte und welche Aufgaben es zu erfüllen hätte, so hat man die allwissenden — Diplomaten zu einer Konferenz zusammenberufen, die jetzt in Rom stattfindet. Unter dem Präsidium des türkischen Botschafters sitzen Minister und Gesandte beieinander, sprechen sich gegenseitig Dank aus für ihre Teilnahme, lassen den König und seine Frau hochleben und fördern davor ganz ungemein die Interessen des internationalen Ackerbaues. Soziale Note! Man erdnen, indem der italienische Minister Rava darauf hindeutet, daß die Zeit der Beruhigung und der Arbeit nicht mehr fern sei, indem von den besetzten Feldern in die durch Fabriken und Arbeitsstätten lärmenden Städte die Stimmen dringen, welche die Eintracht und die Solidarität

der Menschen preisen. — Jedenfalls sind die Diplomaten über diese Gelegenheit zu einer von Festen begleiteten Konferenz sehr erfreut — und weiter hat's keinen Zweck.

**Der Fall Oppermann.** Der Fall Oppermann hat den Fall Skaroff abgelöst. Ist der Böhmische-Prozess nach der Befundung des Vorsitzenden der vierten Berliner Strafkammer schon längst sein Verbrechen mehr zur Aufklärung über den Strafvolzug, so scheint er nunmehr nur zu einem Kampf gegen das auffallende Verhalten des Vorsitzenden zu werden. Der kleinste Teil der Verhandlung konnte sich am Freitag mit dem Fall Skaroff besassen. Herr Oppermann hat seine bisher geübte Gepflogenheit, die Fragen der Beleidiger an Zeugen zu unterbrechen und ihnen selbst arrangierte Fragen zu stellen, bevor ihre Antwort auf die Fragen der Beleidigung erfolgt ist, zu einem System erhoben, die rückfällige Grundhaftung das Ende aller Rechtschaffenheit ist. Herr R. v. Dr. Löwenstein besand sich wieder in der Situation, daß eine seiner Fragen unbeantwortet blieb, weil der Vorsitzende das gekennzeichnete System zur Anwendung brachte. Sein in ruhiger und bestimmtester Form vorgetragener Hinweis, daß durch dieses Verhalten der Vorsitzenden das Fragerecht der Verteidigung illusorisch gemacht wird, blieb eindrucklos und wirkungslos. Der Anwalt beantragte von neuem einen Gerichtsbeschluß, ob es zulässig sei, daß der Vorsitzende durch Nachfragen die Beantwortung einer Frage unmöglich mache und aufbehalte. Der Vorsitzende lehnte einen Gerichtsbeschluß ab, weil ein Vorangehender Beschluß des Gerichtshofes bereits gefaßt sei. Die drei anderen Verteidiger schlossen sich unter Begründung dem Protest des Herrn Dr. Löwenstein an. Dr. Liebknecht führte aus, daß dieser willkürliche Beschluß nicht generell gefaßt sein könne. Die Bezeichnung willkürlich verbot sich der Vorsitzende als ungehörig, worauf Dr. Liebknecht erklärte, daß diese Willkür nur im prozessualischen Sinne gemeint sei. Das Recht der Fragestellung sei das Fundament der Verteidigung, das durch den Beschluß des Gerichtshofes beseitigt wird. Es müsse das die Folge haben, daß die Anträge in den Gerichtssaal einzutreten. Staatsanwalt Schönan, dem Herr Oppermann bisher wenig Beachtung geschenkt hat, erklärte das Verhalten des Vorsitzenden nicht nur für unrichtig, sondern beantragte gegen Dr. Liebknecht wegen der Verhöhnung der Willkür und der Anarchie, die nur erhoben würden, um den Gerichtshof in der Öffentlichkeit herabzusetzen, eine Ungehörigkeit von 100 Mk. Der sonst gegen Ausführungen der Verteidigung und der Anträge so außerordentlich empfindsame Herr Oppermann ließ diese Insinuation gegenüber dem Rechtsanwalt Liebknecht ungehindert passieren. Als aber Liebknecht erwiderte, daß der Staatsanwalt sich erlaubt habe, ihm beledigende Unterstellungen zu machen, fand der Vorsitzende seine verbösste Impulsivität wieder, um dieses „erlaubt“ mit Schärfe als ungehörig zurückzuweisen. Nach halbständiger Beratung verhängte der Gerichtshof über Liebknecht die beantragte Strafe und verkündete als seine Meinung, daß der Vorsitzende in jedem Augenblick jeden Sprechenden unterbrechen kann und in jedem Augenblick Zwischenfragen stellen kann. Die Öffentlichkeit wird sich allerdings ihr eigenes Urteil über jene Verhandlungsführung bilden. Der Kampf ums Recht, den die Angeklagten führen müssen und führen werden, erschöpft sich jetzt nicht nur in der Aufklärung des Strafvolzugs, sondern wird auch ein Kampf zur Erhaltung der notwendigen Rechtsgarantien und zur Erhaltung einer normalen Gerichtsprozess.

**Keine politische Nachrichten.** Im Böhmischen-Prozess wurde Genosse Liebknecht zweimal in eine „Ordnungs“strafe von je 100 Mark genommen. Liebknecht bedauerte, daß es für Staatsanwälte keine Ordnungsstrafe gibt. — Im englischen Oberhaufe erklärte Lord Lansdowne den Anschlag eines deutsch-englischen Handelsvertrages unter den gegenwärtigen Umständen für unwahrscheinlich. — Der frühere spanische Ministerpräsident Silvela ist gestorben. — Ein Attentat auf den König von Spanien wurde in Paris von einem Maune versucht, der sich mit einem Dolch in der Hand auf den Wagen des Königs stürzen wollte. Su!

### Rußland.

Es gärt weiter. In Lodz wurde ein Oberstschuchmann erschossen. Es streiken dort 30 000 Arbeiter. Die Fabrikanten flüchten nach Warschau.

### England und Japan.

Die amtlichen Berichte über die Schlacht in der Koreastraße liegen nunmehr vor. Logos Mitteilungen sind in Tokio eingetroffen und die Telegramme darüber lauten:

Erster Bericht, eingegangen am Morgen des 27. Mai: Sofort nach Eintreffen der Nachricht, daß das russische Geschwader in Sicht sei, fuhr unsere vereinigte Flotte ab, um die russische Flotte anzugreifen. Das Wetter ist heute schön, es geht aber eine schwere See.

Zweiter Bericht, eingetroffen in der Nacht vom 27. Mai: Das vereinigte japanische Geschwader griff die russische Flotte heute in der Nähe von Okinoshima, südlich von Tsuchimagelagen, an und besiegte sie, indem sie mindestens vier Schiffe zum Sinken brachte und anderen schweren Schaden zufügte. Der unsern Schiffen zugefügte Schaden ist unbedeutend. Die japanische Torpedobootszerstörer- und Torpedobootsflotte machte nach Sonnenuntergang einen Angriff.

Dritter Bericht, eingetroffen am Morgen des 29. Mai: Die Hauptmacht des vereinigten japanischen Geschwaders setzte die Verfolgung des Feindes seit dem 27. d. fort und griff am 28. d. in der Nähe der Danocourt-Riffe, nördlich von Okinoshima, eine Gruppe von Schiffen an, die aus den Schachtschiffen „Imperator Nicolai I.“, und „Drel“, sowie den Panzerschiffen „Abmiral Sentawin“ und „General-Admiral Apraxin“ und dem Kreuzer „Sumrud“ bestand. „Sumrud“ entkam, während vier der übrigen Schiffe sich ergaben. Die japanischen Schiffe wurden nicht beschädigt. Nach Berichten von Gefangenen sind die in der Schlacht vom 27. d. gesunkenen russischen Schiffe die Schlachtschiffe „Borobine“ und „Imperator Alexander III.“, der Kreuzer „Sjemschug“ und drei andere Schiffe.

Kontreadmiral Nebogatow und ungefähr 2000 andere Russen wurden gefangen genommen. Nachfolgende Verluste zählte der Feind außer den oben erwähnten noch seit Beginn der Schlacht, wie von den Kommandanten, die nicht unter Togos Befehl stehen und von Beobachtungsstationen berichtet wird: Admiral Nachimoff, Dimitri Donkoi, "Svetlana", Admiral Ilischaloff, "Kamtschatka", "Fruksusch" und drei Torpedobootzerstörer wurden zum Sinken gebracht und der Panzerkreuzer "Wladimir Monomach" sank, nachdem er genommen war; ein Spezialschiff, dessen Name unbekannt ist, und ein Torpedobootzerstörer wurden genommen.

Die bisher bekannt gewordenen Verluste der Russen sind folgende: 2 Schlachtschiffe, 1 Küstenverteidigungsschiff, 5 Kreuzer, 2 Spezialdivertissementschiffe und 3 Torpedobootzerstörer gesunken, und 2 Schlachtschiffe, 2 Küstenverteidigungsschiffe, 1 Spezialschiff und 1 Torpedobootzerstörer genommen. Es ist bisher noch nicht festgestellt, ob 3 Schiffe, welche nach Angaben von Gefangenen gesunken sein sollen, in der erwähnten Aufzählung enthalten sind oder nicht. Außer den 2000 Gefangenen, die die Hauptmacht des vereinigten Geschwaders gemacht hat, wurden noch mehr als 1000 Mann gefangen genommen. Der Kampf zur See ist noch im Gange, so daß es einige Zeit dauern wird, bis die endgültigen Resultate bekannt werden.

Der Sieg der Japaner ist also ein vollständiger. Etwa 1000 Menschen sollen ihr Leben eingekauft haben.

Auch russische Berichte liegen jetzt vor. Diese sind durch Vermittlung des Generals Linewitsch nach St. Petersburg gelangt, der seine Nachrichten von dem Kommandanten des während der Schlacht entkommenen und nach Wladiwostok gelangten Kreuzers zweiter Klasse "Almas" durch drahtlose Telegraphie erhielt. Die St. Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht diesen sehr wertvollen Bericht in folgendem Telegramm: General Linewitsch meldet vom 29. Mai: Der Kommandant des in Wladiwostok eingetroffenen Kreuzers zweiter Klasse "Almas" berichtet: Am 27. Mai vermittelte das Geschwader Kommando in der Tschushimastraße die japanische Flotte in einen Kampf. Ab diesem Tage gingen die Panzerschiffe "Anas Schumarow", "Borodino", "Ostjabsja" und der Kreuzer "Alca" verloren. Das Vorkreuzer "Alexander III." ist schwer beschädigt. Nach Beginn der Schlacht wurde Koschdewensky verwundet auf ein anderes Schiff, ein vom Lieutenant Durnow besetztes Torpedoboot, gebracht. Nachdem der Kreuzer "Almas" vom Geschwader getrennt worden war, begann die Schlacht in der Dunkelheit von neuem. Das Ergebnis des Nachmittags ist noch unbekannt. Der vom Geschwader abgetrennte "Almas" lief dann in Wladiwostok ein. Das Transportschiff "Kamtschatka" ist schwer beschädigt. Auf der "Almas" wurden ein Leutnant und vier Matrosen getötet und zehn Matrosen verwundet, darunter drei schwer. Es liegen keine Berichte vor, wer von den gesunkenen Schiffen gerettet oder mit ihnen ungelommen ist." Durch diesen Bericht sind jegliche Zweifel über die kolossale Niederlage der Russen beseitigt.

Aus Washington kommt folgende, mit Zweifel aufzunehmende Nachricht: Das Staatsdepartement hat folgende Depesche aus Tokio erhalten: Am 27. Mai wird bekannt gegeben, daß alle russischen Kriegsschiffe, mit Ausnahme des "Drel" und des "Nikolaus I.", die genommen wurden, untergingen, und daß die Admirale Koschdewensky, Fokkerjahm und Nebogatow gefangen sind.

## Silber und Raubergelüste.

Mittwoch, den 31. Mai 1906.

**Achtung Flußschiffer!** Ueber den Flußschiffahrts-Vertrieb von G. Drems ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Lohnunterschieden der Flußschiffer.

**Der Zug von Mauren nach Burg (Fehmarn) und Reinsfeld i. P. ist streng fernzuhalten!**

**Von dem Streik der Schneider** ist folgendes zu berichten: In Betracht kommen 16 Firmen mit 120 organisierten Arbeitern. Die Arbeit haben 117 Arbeiter bei 16 Firmen eingestellt; außerdem haben sich noch 6 nicht organisierte Heimarbeiter solidarisch erklärt. Die Arbeit ruht in den meisten Geschäften vollständig, nur in einigen arbeiten noch wenige unorganisierte Hausarbeiter. Es sind folgende Firmen Mitglied des Arbeitgeberverbandes: A. Deyper, Hätzstr. 52; A. Haerder u. Co., Sandstr. 1-3; A. Pinke, Königstr. 48; W. Weise, Königstr. 33; J. Janneich, Sandstr. 4; Th. Janßen, Königstr. 115; J. Klempau, Hätzstr. 50; J. Koppman u. Sölin, Fleischhauerstr. 42; Rudolf Karstadt, Breitestr. 85-87; Julius Meyer, Breitestr. 67; Franz Müller, Marlesgrube; Meyer u. Bohnhoff, Pferdemarkt 4; F. Rohbran, Königstr. 74; F. Schulze, Königstr. 99; J. S. Jäger, Mühlenstraße 3; G. Witt, Krähenstr. 34.

**Achtung, Gewerkschaftskassierer!** Wegen Erkrankung des Kassierers wird das Mitglied der Kartellkommission, Gen. Lorenz, am Donnerstag, vorm. von 11-12 Uhr, und am Freitag und Sonnabend, abends von 8-9 Uhr, im Vereinshaus zur Entgegennahme der Beiträge anwesend sein.

**Die einstweilige Verfügung in Sachen des Bäckerkreises**, die seit Jahresfrist die Gerichte beschäftigt hat, stand gestern wieder einmal zur Verhandlung. Die Angelegenheit ist jetzt soweit gediehen, daß in 8 Tagen die Entscheidung verkündet werden soll.

**Aufgefunden** wurde gestern die Leiche des seit dem 5. Mai v. J. vermißten Schiffsmüllers Jäde, über dessen Verschwinden s. Z. die verschiedensten Gerüchte im Umlauf waren. Am Sonntag spielten Schüler im Walde bei Waldhusen; dabei fanden sie ein Fahrrad, das schon total verrostet war. Da sie es aus diesem Grunde nicht mitnehmen konnten, so ließen sie es am Waldwege liegen. Als ein Kind von dem Hund, in der Meinung, daß es sich um ein gestohlenes Rad handle, seinem Vater Mitteilung machte, zeigte dieser die Sache der Polizei an. Dieselbe stellte dann auch bald nach der Nummer des Rades fest, daß dasselbe den vermißten Jäde gehört hatte. Nach längerem Suchen fand man schließlich auch noch das Skelett des J.; das Fleisch hatten die Ameisen von der Leiche total abgenagt. In der rechten Hand befand sich ein offenes Messer. Die Leichenreste wurden nach Lübeck geschafft.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der vorletzten Nacht auf dem Berliner Rangierbahnhof ereignet. Der Wagenschieber Rehlken kam zwischen die Räder zweier Wagen, wobei ihm die Brust eingedrückt wurde. Er starb bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

**Neuer Rechtsanwält.** Der Senat hat den Dr. jur. Karl Rähler auf seinen Antrag zur Rechtsanwaltschaft beim Hanseatischen Oberlandesgerichte in Hamburg, beim Landgerichte der freien und Hansestadt Lübeck und des Fürstentums Lüneburg, sowie beim Amtsgericht hier selbst zugelassen, auch seine Verabreichung veranlaßt.

**Strafenstrecke.** Wegen vorzunehmender Strafenbauarbeiten wird die Borraberstraße von der Cronsförder Allee bis zur Mecklenburger Bahnstrecke bis ungefähr 10. Juni dieses Jahres für den Verkehr gesperrt sein.

**Zu der Erstattung der Kosten der Behandlung von Unfallverletzten** hat das Reichs-Versicherungsamt in einer Entscheidung vom 8. März 1906 Stellung genommen. Eine Krankenkasse hatte ein durch Betriebsunfall verletztes Kassenmitglied auf Anraten des Arztes zwecks Erhöhung der Beweglichkeit der verletzten Hand einer med. u. mechanischen Anstalt zur Behandlung überwiesen. Nach Beendigung der Behandlung noch innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall beanspruchte sie die Erstattung der für die Behandlung aufgewandten Kosten von der Berufsgenossenschaft, da sie die Behandlung nur im Interesse der Berufsgenossenschaft angeordnet habe. Die auf Verweigerung der Berufsgenossenschaft von der Krankenkasse beim Reichs-Versicherungsamt eingelegte Beschwerde ist mit folgender Begründung abgewiesen worden. Es handelt sich um Kosten des Selbstversehens aus der Zeit der ersten 13 Wochen nach dem Eintritte des Unfalls, zu deren Verabreichung die Berufsgenossenschaften nicht verpflichtet sind, sofern sie nicht die einzelnen Heilmassnahmen selbst angeordnet oder wenigstens genehmigt haben. Im vorliegenden Falle ist die Berufsgenossenschaft vor und selbst während der Behandlung um ihre Genehmigung nicht angegangen, sie kann also gegen ihren Willen auch nachträglich nicht zur Erstattung der Kosten dieser selbständigen Maßnahme der Krankenkasse herangezogen werden.

**Zum Referendar** hat der Senat den Rechtskandidaten G. Wösch ernannt und besetzt.

**Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.** Der Verein unternimmt am Dimmelsfahrtstage eine Wanderung nach Schlutup. Die Mühle mit ihrem schönen Ausblick ist das Ziel. Abmarsch 2 1/2 Uhr von der Burgstraße über Wölke nach Schlutup. Rückkehr über Kerkhof, dessen schön gelegener Spielplatz sicher außerdem für viele am Nachmittag das Ziel ist.

**In der Stadthalle** gelangt morgen das beliebte Volksstück "Der Registrator auf Reisen" von L'Arronge zur Aufführung. Dasselbe wird durch einige Gesangsbelegungen noch erhöhte Anziehungskraft erhalten. Am Freitag wird das Schiller-Perseusische Lustspiel "Sein Bräutigam" wiederholt.

**Die Wasserwärme des Kräheneides** betrug gestern nachmittags 19 1/2 Grad.

**Zur Erwerbung des Bürgerrechts** sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
  - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
  - 3) Militär-Papier.
  - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.) Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerker):
  - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
  - 6) Innungsmittelbchein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
  - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße 1, Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos.

**Parteilosen!** Erwerbt das Bürgerrecht!

**Schönrg.** Ertrunken ist Montag ein beim Meister Silber beschäftigter Bäckerjunge. Derselbe geriet beim Baden im Oberreich in eine tiefe Stelle und ertrank, da er nicht schwimmen konnte, bevor ihm Hilfe zu teil wurde.

**Kleine Chronik der Nachbargelüste.** Das Hamburger staatliche Desinfektionsfahrzeug hat die Ausräucherung des englischen Dampfers "Hylas" beendet. Die bisher im Hafentränkenhaus unter hafenärztlicher Kontrolle internierte Schiffbesatzung wurde auf den "Hylas" zurückgebracht, und bleibt dort in ständiger Beobachtung der Hafensärzte. Die Löschung geschieht unter den üblichen Vorsichtsmaßregeln. — Beim Hamburger Vorort Ovelgönne ist am Sonntag ein Schürffeger beim Baden ertrunken. Die Leiche ist bis jetzt nicht gefunden. — Die Leutnants zur See Seydel und Guden-Abdenhausen vom Stabe des Linienschiffes "Mecklenburg", das augenblicklich in der Nordsee im Flottenverbande übte, wurden, wie aus Kiel gemeldet wird, verhaftet und ins Stationsgefängnis eingeliefert. Angeblich liegen Verfehlungen gegen Mannschaften vor.

**Hamburg.** Zur Lohnbewegung der Maurer. Im Laufe des Montages haben 45 Unternehmer mit 554 Gefellen die Forderungen bewilligt. Hier diesen 45 Unternehmern sind sieben Innungsmeister. Mit den 455 Gefellen, welche schon vor dieser Lohnbewegung 75 Pf. und mehr Stundenlohn erhielten, arbeiten also 1009 Gefellen zu den neuen Bedingungen. Von der Innung wurde beschlossen, vom 1. Juni 73 Pf. und vom nächsten Jahre 2 Pf. mehr, also 75 Pf., zu bewilligen. Es sollen aber die einzelnen Mitglieder sehen, wie sie sich mit den Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter abfinden. Einen ausgeprägteren Verlegenheitsbeschlus kann man sich wohl kaum denken. Die in Betracht kommenden Organisationen werden die Konsequenzen ebenfalls daraus zu ziehen wissen. Der Bund der Maurer- und Zimmermeister hat bekanntlich Unterhandlungen angeboten. Die Maurer haben ihm zustimmend geantwortet; jedoch darf die Unterhandlung sich nicht über den Mittwoch dieser Woche hinausziehen. Die nächsten Tage werden also eine Entscheidung bringen. Auf alle Fälle rechnen die Maurer auf einen vollen Sieg.

**Glensburg.** Der Streit auf der Glensburger Schiffswerft dürfte noch längere Zeit andauern. Im Ausland befinden sich gegenwärtig annähernd 1100 Arbeiter, und zwar 392 Metallarbeiter, 345 Werftarbeiter, 179 Zimmerer, 142 Fabrikarbeiter, 124 Schmiedearbeiter, 95 Holzarbeiter, 21 Maler und 59 Angehörige des christlichen Metallarbeiterverbandes. Unter den Streikenden befinden sich 111 nichtorganisierte Arbeiter. Von den Streikenden sind 1075 verheiratet mit annähernd 3000 Kindern, 299 sind unverheiratet. Die noch Arbeitenden sind größtenteils Meister, Untermeister und Lehrlinge.

**Grundhaupte.** Beigelegt sind die Differenzen, welche hier zu dem Bauarbeiter-Aussatande führten, durch einen Vergleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die letzteren traten, nachdem sie, wie berichtet, zunächst einer Antwort auf das Gesuch um Lohn-erhöhung nicht gewürdigt worden waren, nochmals an die Arbeitgeber heran, um sie zu einer mündlichen Besprechung zu bewegen. Diese hat daraufhin auch stattgefunden und hat den Erfolg gehabt, daß der Stundenlohn für dieses Jahr um 1 Pf., und für die beiden nächstfolgenden Jahre wieder um 1 Pf. erhöht wird.

**Winsen a. d. L.** Nachdem alle Verhandlungen mit der Meisterchaft und dem Arbeitgeberverbande ergebnislos verlaufen sind, wurde in einer gestern in Stallbaums Gasthaus abgehaltenen öffentlichen Bauhandwerker-versammlung einstimmig der Streik proklamiert. Die Unternehmer wollen die minimale Forderung von 5 Wg. Aufschlag pro Stunde nicht bewilligen. Die Situation ist für die Bauhandwerker außerordentlich günstig; bleiben sie standhaft, ist ihnen der Erfolg sicher, da bereits gestern ein hiesiger Maurermeister die geforderte Lohnerhöhung ohne jeglichen Widerspruch bewilligt hat. Zugang von Bauhandwerkern nach Winsen a. d. L. ist strengstens fernzuhalten.

**Bremen.** Der Bremer Kirchenstreik dehnt sich noch weiter aus. Die Orthodoxen, die dem Pastor Mauris vorwerfen, daß er fälschlich getauft haben soll, beschuldigen jetzt auch die liberalen Lambertipfarrer, daß sie aus Rücksicht auf die Abstinenz ein "fälschliches Abendmahl" verabreicht haben, nämlich nur Brot, aber keinen Wein, was auch gegen die Kirchenordnung verstoße. Da müssen die Abstinenz den restierenden Wein noch nachträglich trinken. — Gebietsabtretungsvertrag zwischen Preußen und Bremen. Auch in der dritten Lesung wurde der Gesetzentwurf betr. die Aenderung der Landesgrenze gegen Bremen vom preußischen Landtag beibehalten.

## Letzte Nachrichten.

**Leipzig.** Fleischvergiftung. In Mödern, Wahren und anderen Vororten Leipzigs sind den Leipziger neuesten Nachrichten zufolge zahlreiche Erkrankungen nach dem Genuß verdorbenen Fleisches vorgekommen. In Wahren sind bereits zwei Kinder gestorben.

**Stendal.** Stützen der Gesellschaft. Die hiesige Strafkammer verurteilte die Bankiers S. A. Müller und Emil Reinecke aus Osterburg, die früheren Inhaber der dortigen Urmärkischen Bank, wegen Betruges und Depot-Unterschlagung zu drei Jahren bzw. zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis.

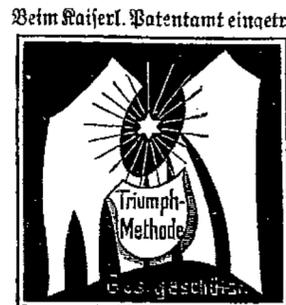
**Colmar (Elz).** Eine "Kulturtat". Der Raubmörder Böhm, welcher einen Briefträger in Schleifstadt ermordet und beraubt hatte, wurde durch die Guillotine hingerichtet.

## Ans Nach und Fern.

**Eine neue Art von Majestätsbeleidigung!** Der Reichstagsplauderer des "Journal de Colmar" (Abgeordneter Abbe Wetterle) erzählt in seinem neuesten Berliner Brief: "Ein gutes Stückchen passierte ganz kürzlich einem eltsässischen Abgeordneten, den seine Frau nach Berlin begleitet hatte. Er besuchte eben mit derselben das Reichstagsgebäude und durchschritt mit dem Hut auf dem Kopfe die große Halle, wo jetzt die neue Statue Wilhelm I. steht, als ein Diener ihm höflich bemerkte: „Herr Abgeordneter, seitdem das Grandbild des Kaisers sich hier befindet, ist es Sitte, das Haupt zu entblößen.“ Fast hätte der Eifrige beigestimmt, es sei eine Majestätsbeleidigung, mit bedecktem Haupte vor dem wenig kunstvollen Denkmal vorzugehen, das einmal mehr den Gründer des Reiches verewigt. Wenn dem so wäre, würden die Berliner die Siegelallee mühen müssen: denn bei jedem Spaziergang würde es sie einen Hut kosten!" Etwas hochhaft, aber recht treffend bewert hierzu die "Mittl. Volkzeitg.": Der Saal-diener wollte wohl bloß eine Probe auf die monarchische Gefinnungstreue der eltsässischen Deputes machen. Er darf, was die politischen Freunde des Herrn Wetterle betrifft, beruhigt sein. Seitdem die französische Republik Ernst macht mit der Trennung von Staat und Kirche, sind diese eltsässischen Politiker in den langen schwarzen Saalgewändern begehrtere Hohenzollernverehrer, als die ost-olbischen Junker!

## Stenschaug-Viehmarkt.

**Hamburg, 30. Mai.**  
Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.  
Zugeführt wurden 2930 Stück, Preis: Sengschweine — 42. Verlandtschweine, schwere 64-65 Mk., leichte — 65 Mk., Sauen 57-62 Mk. und Ferkel 59-63 Mk. pro 100 Pfund.



**Lehr-Atelier für wissenschaftl. prakt. Zuschneidekunst** der neuen leicht fasslichen, gefestigten Ertriumphmethode v. M. Neugebauer v. Dresden. Aus- bildung unter Garantie. Schnitt u. St. unübertroffen.  
Erna Widow allein. Vertreter.  
Schupmarkt Nr. 71460.  
f. Lübeck u. Umgeg., Gr. Peterstr. 8. Prosp. grat.

Für die herrliche Teilnahme und Freude alle bei der Feiernung unseres lieben Sohnes  
**Heini**  
 sowie Herrn Pastor Eggge für die trostlichen Worte haben wir unter herzlichem Dank  
**Jochim Westphaling**  
 Federbura. und Frau ab. Henmann

Ein freundliches Logis im Verein.  
 für ein oder zwei Mann  
 Wedergrube 93.

Zu sofort oder später  
 hübsch möbl. Parterre-Zimmer  
 nach vorne  
 Mittelstraße 2.

Zum 1. Juli eine kleine Wohnung zu vermieten. Preis 150 Mk.  
 Ludwigstraße 61.

Zu vermieten  
**Stuhl- und Breakwagen.**  
 Lachwehr-Allee 1 a.

**Frauen gesucht!**  
 Gesucht für den Monat Juli an gelegentlicher Arbeit 15-20 Frauen bei gutem Verdienst und eventl. dauernder Beschäftigung. In welchen Himmelfahrtstag, vormittags zwischen 10 und 11 Uhr. Große Peterstraße 29, 1.

**Laufbursche** für den ganzen Tag bei hohem Gehalt sofort gesucht  
 Goldene 33

**Gesucht ein Laufjunge**  
 außer der Schulzeit  
 Spenke, Dornestraße 18 a.

**Gesucht junge Mädchen**  
 welche das Schneidern erlernen wollen  
 Fleischhauerstraße 5, 2. Etage.

Ein guterhaltener Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen, Preis 12 Mk.  
 Steinraderweg 32 a, 11.

1 moderner guterh. Kinderwagen billig zu verkaufen  
 Gnaatsgrube 43/17.

1 Stamm Holländer Bindweber zu verkaufen.  
 Margaretenstr. 7 a.

Zu verkaufen junge Eulen und Gänse, tragende Stiege, 1 St. echte Winterfa.  
 Sedanstraße 6 a

Empfehle meinen  
**Rasier- und Haarschneide-Salon.**  
 Paul Adler, Friedenstraße 50.

Zum Oberringe einsehen empfiehlt sich  
 Frau E. Hannemann, Marcksgrube 6.  
 Zu treffen bis 3 Uhr nachmittags.

Empfehle mich in  
**sämtlichen Herren-Garderoben**  
 nach Maß  
 unter vollständiger Garantie des guten Sitzens. Jedes Stück wird auf Hochhaar gearbeitet. Wenden, Reinigen, Aufbügeln zu den billigsten Preisen.  
**J. Jakobs, Schneider,** Blaudstr. 13, 2. Erg.

Feinste gelbrohende  
**Magn. bonum-Kartoffeln** 40 Pfg.  
 Reiferstraße 29.

Schmerzloses Einsetzen  
**künstlicher Zähne**  
 ohne Geruchnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen. Zeitzahlung gestattet.  
**M. Marks, Zahnkünstler,** Mühlenstr. 28.

Früher M. 120.—, jetzt M. 90.—  
**Florett-Fahrräder**

aller voran! Pa. Material, 2 Jahre Garantie! Freilaufnate Torpedo M 15 mehr Wäntel v M 3.50 an, Schläuche M. 2.80, Ketteln Laternen M 2. H. A. Hill, Fahrrad-Verkauf, Johannisstr. 9  
 Rep. all. Enst. bil. Umbau. Fahrräder M. 75. 13 Gar.

**Amor**  
**Metall-Putz-Glanz**  
 das Beste.  
 In Dosen à 10 Pfg. überall zu haben.  
 Man verlange wegen Nachahmungen ausdrücklich den echten „Amor“.

Heute beginnt  
 Breitestr. 25, gegenüber d. Bankergg. (Haus Pülschen)  
 der

**Separat-Verkauf**

eines großen Vagabundens  
**Herren- u. Knaben-Anzüge u. Arbeiter-Garderoben,**  
 welchen wir teils in großen Partien

**== weit unter Preis ==**  
 kauften. Wir haben für dieses große Sonder-Angebot in unsern eleganten Geschäftshaus nicht die entsprechende Auslage, weshalb wir den Laden Breitestraße 25 mieten. In stonend billigen Preisen gelangen zum Verkauf:

- 1 gross. Post. Herren-Anzüge.
- 1 " " Knaben-Anzüge.
- 1 " " Arbeiter-Garderoben.

**Markmann & Meyer**

Breitestrasse 44.

Für diesen Verkauf:

**== Breitestrasse 25 (Haus Pülschen). ==**

Am heutigen Tage eröffne  
 das bisher von Herrn Struck geführte  
**Restaurant Sadowastrasse 11**

und ersuche, das meinem Vorgänger bewiesene Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen. Für gute Speisen und Getränke, sowie freundliche Bedienung werde bestens Sorge tragen.  
 Hochachtungsvoll

**Fr. Wiederhold.**

**Freytag's Gesellschaftshaus**

(früher: Wilhelm-Theater).

Heute Eröffnung des prachtvollen Gartens.

Ab Sonntag den 4. Juni: Jeden Sonntag von 4 Uhr an:  
**Großes Garten-Konzert; abends: gr. Ball bis 2 Uhr.**

NB. Das Etablissement bietet selbst bei schlechtem Wetter gemüthlichen Aufenthalt für ca. 800 Personen. Für gute Bedienung ist bestens gesorgt.  
 Hochachtungsvoll Rud. Freytag.

Tägliche Dampfer-Verbindung  
**Lübeck - Israelsdorf - Gothmund und zurück.**  
 Nach Israelsdorf 10 Pfg., nach Gothmund 15 Pfg.  
 Abfahren von Kulenkampfbaustraße (s. Fahrplan)  
 W. Külsen.

Gut-Bazar  
**H. Stoppelman**

Königstraße 73,

Eingang Ditzstraße



empfeilt  
 hocheleg. Hüte  
 zu den  
 billigst. Preisen  
 Strohhüte  
 in großer Ausw.  
 Sport-  
 und Segel-Klub-Mützen.

Grüne Rabattmarken.  
 Voller Vücher nehme in Zahlung.

Alle Herren-Kleiderstoffe hochhalten,  
 erhalten Waren ohne Anziehung.

**Blusen, Röcke, Jackets auf Credit**  
 pro Woche 1 Mark an  
**S. Sachs**  
 Huxstr. 41

Doppelt gekochtes  
**Fussboden-Öel**  
 per Bsd 60 Pfg.

**Prima Fußbodenlacköl**  
 per Bsd 80 Pfg.

Meine Fußboden-Öle trocknen in einer Nacht mit hohem Glanz ohne nachzuölen.

**John Becker**

Dornestraße 29. Fernspr. 1632.

**1000**  
 Jahre Muster in neuen  
**Anzügen u. Paletots**  
 sollen jetzt zu nachstehend ermäß. Preisen ausverkauft werden.

- Herren-Jackett-Anzüge** von 7.50 bis 39.00 Mk.
- Herren-Sommer-Paletots** von 5.00 bis 29.00 Mk.
- Herren-Rock-Anzüge** von 17.00 bis 45.00 Mk.
- Herren-Sonntags-Rosen** von 2.00 bis 12.50 Mk.
- Knaben-Jünglings-Anzüge** sowie
- sämtliche Werktagkleidung** ganz besonders billig.

Grüne Rabattmarken  
 trotz billiger Preise.

Gebrüder  
**Vandsburger**  
 10 Holstenstraße 10.  
 Rabattbücher werden zu vollen Preisen in Zahlung genommen.

**Streichfertige**  
**Öelfarben**

zum Gebrauch fix u. fertig.  
 Leinöl, Firnis, Carbolineum,  
 Stahlspäne, Bohnerwachs,  
 Deckenbürsten, Weissquäste,  
 Pinsel

sowie sämtliche Bürstenwaren empfiehlt das  
**Drogen- u. Farbensgeschäft**  
 von

**John Becker**  
 Dornestr. 29. Fernspr. 1632.

**Tischmesser, Löffel und Gabeln. Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser usw.**  
 größte Auswahl gut u. billig bei  
**Diedrich Tesschau**  
 B l b e c k  
 Breitestraße 27. Fernruf 1165.  
 Messer u. Waffen. Ausbessern u. Schleifen.

**Steinraderbaum.**

Zu dem am Himmelfahrtstage stattfindenden

**Einweihungs-Ball**

des neuen Saales  
 ladet freundlichst ein  
 Entree frei. Wilh. Behnke.

**Carl Haacks Restaurant**

Engelsgrube 87.  
 Am Himmelfahrtstage:

**Clavier-Unterhaltungs-Abend**  
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
 Hochachtungsvoll Carl Haack.

**Wilh. Körner's Restaurant**

Rupferschmiedestr. 11.  
 Bar-Einkehr bestens empfohlen.  
 Auswärtig vorzüglicher Biere.  
 Reichhaltige Frühstückskarte  
 kalt und warm zu jeder Tageszeit.  
 Mittagstisch von 12<sup>1/2</sup> - 1<sup>1/2</sup> Uhr.  
 Aufmerksame Bedienung.

**Zentr.-Verb. deutscher Brauer**  
 und verwandter Berufsge nossen.  
 (Zahlstelle Lübeck.)

**Ausflug nach Ratzeburg**

(W. Dölle's Etablissement)  
 am Sonntag den 4. Juni 1905.  
 Abfahrt 11.0 Uhr mittags.  
 Rückfahrt 11.15 Uhr abends.  
 Herrenkarte 50 Pfg., eine Dame frei.  
 Das Komitee.

**Achtung! Bauarbeiter!**

**Mitglieder-Versammlung**  
 am Freitag den 2. Juli  
 abends 8<sup>1/2</sup> Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht von der Bau'onsferenz.  
 2. Jüngere Verbandsangelegenheiten  
 NB. Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Vorstand

Verantwortlicher Redakteur: mit den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Inserate, Anzeigen und Nachrichten sowie der mit P. L. gesetzigten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. Verantwortlicher Redakteur: für die Anzeigen, Inserate und Nachrichten sowie die mit P. L. gesetzigten Artikel und Notizen: Paul Köwiel. Druck: Theodor Schwarz. - Druck von Friedr. Meyer & Co. - Sämtliche in Lübeck.

## Fünfter Deutscher Gewerkschaftskongress.

(Eigener Bericht des „Lüb. Volksb.“.)

Böln a. Rh., 26. Mai 1905.

Vormittags-Sitzung.

Zum Punkte Arbeits- oder Arbeiterkammern erhalten die Referenten das Schlusswort.

Umbreit, Berlin: Ich bedauere außerordentlich, daß

hies ganzes Referat mit persönlichen Polemiken unange-

nehmlicher Art gegen mich durchgeführt war. Was hatte diese

Frage der gesetzlichen Arbeitervertretung mit Radikalismus

und Revisionismus zu tun? Ich lehne es durchaus ab,

mich in eine dieser beliebigen Schachzettel zu lassen, die

man stets herbeischleppt, wenn man einen unüblichen Gegner

totmachen will. Aber ich nehme noch immer für mich in

Anspruch, wenn es gilt, Rechte für die Arbeiter zu verlan-

gen, auf dem radikalsten Standpunkt gestanden zu haben.

Was ist radikal? Für die Arbeitervertretung eine möglichst

selbständige Form zu verlangen, oder mehr Rechte für sie zu

fordern, ihren Einfluß direkt auszuüben in mehr Regierun-

gewalt, mehr Selbstverwaltungsfreiheit? Darum nannte ich

die Forderung der Arbeiterkammern unsere mindeste, weil sie

den schon bestehenden Arbeiterorganisationen der Meinungs-

äußerung gleichsam nur den amtlichen Stempel aufgedrückt

sehen will. Aber ich fordere darüber hinaus für paritätische

Arbeiterkammern Rechte bei der Durchführung und Beauf-

sichtigung des Arbeiterschutzes, eine Reihe von direkt gewerbe-

behördlichen Funktionen. Gen. Hue wollte schon der amtlichen

Statistik der reinen Arbeiterkammern einen sehr großen

Wert beilegen, weil die Bureaukraten die Gewerkschaftssta-

tistiken nicht achteten. Aber werden sie, wenn man einmal

diese Aversion gegen die Arbeiterstatistik festgestellt hat, mehr

Wert auf die statistischen Arbeiten reiner Arbeiterkammern

legen? — Freund Hue nannte es Illusion und Utopie, auf

die Überwindung der Scharfmaßer in den Arbeitgeber-

kreisen zu rechnen. Aber Gewerbegerichtsämter und Tarif-

ämter haben gezeigt, daß die Arbeitgeber sehr wohl mit Ar-

beitern paritätisch zusammenarbeiten können. Voraussetzung

dafür ist allerdings ein direktes demokratisches Wahlrecht,

das dem Thymen und Stinnes nicht ein Point mehr Wahl-

recht gibt, als dem Kleinsten Arbeitgeber — genau wie das

Wahlrecht, das zu den Gewerbegerichten tatsächlich besteht.

Nur dann kann es zum Ausdruck kommen, daß eine große

Zahl von Arbeitgebern sich viel lieber mit ihren Arbeitern

verständigen, als mit den Monopolisten von Kohle und Eisen.

Genau wie bei den Arbeitgebern lehne ich bei den Arbeitern

jedes korporative Wahlrecht ab, ja ich erkläre, daß nur mit

einem gleichen demokratischen Wahlrecht bei Arbeitgebern und

Arbeitnehmern die Arbeiterkammern für mich annehmbar sind.

— Die Resolution Hue fordert von den reinen Arbeiterver-

tretungen Förderung der korporativen Arbeitsverträge. Das

ist ein Widerspruch in sich, ist unannehmbar. — Sie stehen

im Begriff, mit der Forderung reiner Arbeiterkammern die

Forderung preiszugeben, die sie seit Jahrzehnten vertreten

haben, die Forderung der Organisation des Arbeiterschutzes.

Aber noch mehr: Sie wollen den Stab brechen über eine

Taktik, die die parlamentarische Vertretung

der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten ver-

folgt und programmatisch festgelegt hat, auf die sie sich

sogar vor wenigen Wochen noch der Regierung gegenüber

verpflichtet hat. Sei sich jeder einzelne der Genossen auch

dieser Bedeutung seines Votums bewußt. (Bravo!)

Korreferent Hue: Die deutsche Arbeiterklasse hat sich

leider mit dieser Frage der gesetzlichen Interessenvertretung

nicht recht wenig beschäftigt. Sonst wäre es unmöglich, daß

Gen. Köpken von der Einflußlosigkeit der Handelskammern

sprach, über deren Bedeutung ihn jede Beratung etwa des

Einbahnrat belehren könnte. Ich hoffe mit aller Bestimm-

heit, daß die genauere Kenntnis des Materials mit der Zeit

alle Gewerkschaftler, auch den aufstichtigen Genossen Umbreit,

zum Anhänger der Arbeiterkammern machen wird. — Köpken

nannte diese ganze Frage eine Doktorfrage. Wann sie das

wäre, so hätte ich mich unter keinen Umständen zum Re-

ferenten über diese Frage hergegeben, das hätte ich den Dol-

toraten überlassen. (Heiterkeit.) Aber es wäre wirklich nicht

nötig, der Regierung noch das Argument zu liefern, als sei

es den Arbeitern selbst noch nicht ernst mit der Vertret-

lichung dieser Forderung. Köpken meinte, ich sei so sehr

gegen alle Parität, weil mir der Bergarbeiterstreik noch

schwer im Magen liege. Ich kann ihm versichern, daß ich

einen sehr guten Magen habe; aber der Bergarbeiterstreik

kann doch nur bestätigen, was ich über die gemeinsame Ver-

tretung aller Arbeiter gesagt habe. Die Siebener Kommission

war eine reine Arbeitervertretung und wir haben uns stets

sehr leicht verständigt. Unser Telegramm an den Reichs-

kanzler steht mit unseren Interpellationen im Reichstag

durchaus auf einer Stufe. Besonders aber nimmt mich

Wunder, daß gerade die Metallarbeiter mit ihren Kühn-

männern an eine paritätische Tendenz in der Unternehmer-

klasse glauben. Wollen Sie wirklich diesen Vertretern des

Unternehmertums, die mit allen Salben gelieben sind, die

weniger geschickten Arbeitervertreter entgegenstellen. (Uu-

ruhe) Daß Sie nicht in jede Arbeiterkammer vollkommen

ausgebildete Arbeitervertreter hineinschicken können, weiß doch

jeder aus der Praxis. (Große Heiterkeit.) — Ich nicht. Ja, wir können doch nicht überall den Kollegen

Cohen hinschicken. (Große Heiterkeit.) — Man zu Umbreit.

Au welche Adresse sich meine Verwahrung dagegen richtete,

auf Grund irgend einer Äußerung jemanden in die Radika-

len- oder Revisionistenrubrik einzuschreiben, wird wohl

jeder empfinden. Ich mußte in meinem Referat betonen,

daß es sich nicht um eine prinzipielle, sondern nur um eine

rein praktische Frage handele, damit jedenfalls nicht unsere

Entscheidung als ein Protest oder eine Demonstration gegen

die Reichstagsfraktion angesehen werden könnte. Nicht aus

Radikalismus fördere ich Arbeitervertretung, sondern einfach

um der Gleichberechtigung der Arbeiter willen, die ihnen

doch so gewissermaßen in der Vertretung gewährt ist. Wir

sind hier eine reine Arbeiterkammer, wir haben der

Regierung und der Gesetzgebung nicht paritätisches Material

zu unterbreiten, sondern einfach die Forderungen der Ar-

beiterklasse. Und da verstehe ich einfach nicht, wie sich Um-

breit gegen das korporative Wahlrecht sträuben kann. Den

Unorganisierten das Wahlrecht geben, heißt Mittel gegen die

Organisationen schaffen. Jede Wahl Unorganisierter verleiht

in der „paritätischen“ Kammer den Unternehmern das

Uebergewicht. Der Kampf gegen das korporative Wahlrecht

ist ein Kampf gegen die Anerkennung der Gewerkschaften

als Vertretung der Arbeiter. Umbreit warf mir vor, daß

ich mich auf den Beschluß der Hirsch-Dunckerschen für Ar-

beiterkammern berufen hätte, der in Aufsehung gegen eine

dogmatische veraltete harmonisierende Vereinsleitung gefaßt sei,

aber daß ich nichts von der entgegengesetzten Entscheidung

der Christlichen gesagt hätte. Aber die Christlichen Arbeiter-

führer, die sich für paritätische Arbeiterkammern entschieden

haben, taten es unter dem Einfluß höchst verdächtiger bürger-

licher Sozialpolitiker. — Schließlich warnte Umbreit vor

der Schaffung eines Gegensatzes zwischen der Fraktion und

diesem Kongress. Aber in der Fraktion, in der ein sehr er-

heblicher Teil der Kollegen für Arbeiterkammern eintrat, hat

niemand diese Frage für prinzipiell gehalten. In der Frak-

tion handelte es sich nur um die Frage der Zweckmäßigkeit

und Durchführbarkeit, nur darum, was die Fraktion zuerst

erreichen könnte. Wir aber sollen hier nur als Arbeiterver-

treter der Regierung und den Parteien unsere Uebersetzung

kundgeben, daß auch die Arbeiter das Recht auf eine reine

Interessenvertretung haben und das Prinzip der bürgerlichen

Gleichberechtigung nicht im Stiche lassen wollen. (Lebhafte

Beifall.)

Es folgt die namentliche Abstimmung. Für Ar-

beiterkammern stimmen geschlossen die Delegierten der Bäcker,

Handlungsgehilfen, Kupferschmiede, des Metallarbeiterver-

bandes, der Sattler und der Büchsenmacher; außerdem

die Mehrheit der Delegierten der Schmiede und Minderhel-

ten unter den Bergarbeitern 1, Bildhauern 1, Buchbindern 1,

Buchdruckern 1, Buchhändlern 2, Formschneidern 1, Gasen-

arbeitern 1, Maurern 3, Schuhmachern 3, Stultateuren 1,

Tischarbeitern 6 und Zimmerern 1.

Diese 48 Delegierten vertreten 379 431 Mitglieder.

Für Arbeiterkammern entscheiden sich die übrigen Delegierten

(151) und bilden mit den 771 663 Mitgliedern, die sie ver-

treten, die Mehrheit. Der Gewerkschaftskongress hat

sich also für Arbeiterkammern entschieden.

Den beiden Referenten Umbreit und Hue wird

aufgetragen, auf Grund dieser Entscheidung eine Resolution

auszuarbeiten.

Der Kongress nimmt hierauf die redaktionell etwas ge-

änderte Resolution über Gewerkschaften und Ge-

nosseenschaften mit den Zusatzanträgen der Bäcker und

Transportarbeiter gegen 10-15 Stimmen (v. Elm) an.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: Die Stel-

lung der Gewerkschaften zum Generalstreik.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

„Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es

als eine unabwendbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie

die Verbesserung aller Gesetze, auf denen ihre Existenz beruht

und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu

erfüllen, nach besten Kräften fördern und alle Versuche, die

bestehenden Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschieden-

heit bekämpfen.

Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher

Art hat sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten.

Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die

Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte

Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der

organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch ent-

gegenzutreten.

Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Deuten

ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen

Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für undiskutabel;

er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Ausnahme und

Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur

Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.

Referent ist Reichstagsabg. Böhmelburg: Das

Thema ist im Auslande häufiger erörtert worden, als in

Deutschland. Aber auch bei uns ist seit dem vorigen Jahre

darin eine Aenderung eingetreten. Die Frage des General-

streiks, des politischen Massenstreiks, wird nicht bloß in der

Presse und in Versammlungen erörtert, auch der letzte sozial-

demokratische Parteitag hat ihr einige Stunden gewidmet,

und es ist dem Parteivorstand überlassen worden, ihn auf

die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen. So weit ich

die Stimmung in der Parteileitung kenne, wird sich der

Parteitag in den nächsten Jahren mit der Sache nicht

befassen. Ob aber die sozialdemokratische Partei einer erneuten

Erörterung der Frage aus dem Wege gehen kann, möchte

ich sehr bezweifeln. Da wäre es eine Unterlassungsünde,

wenn die Gewerkschaften nicht ihrerseits Stellung nehmen

wollten. Sonst laufen sie Gefahr, wenn sie heute nicht

sprechen, sich Beschließen fügen zu müssen, die an anderen

Orten gefaßt sind. Auf der Tagesordnung stände besier:

Stellungnahme der Gewerkschaften zum politischen Massen-

streik. Es gibt ja jetzt eine Anzahl von Streikarten, die

ich gar nicht alle nennen kann. (Heiterkeit.) Da gibt es

die Auffassung der Anarchisten, die Auffassung des Genossen

Friedberg, die Auffassung der Holländer, der Franzosen,

der Italiener, die Auffassung der internationalen Kongresse

und alle unterscheiden sich untereinander. In neuerer Zeit

hat man die Bezeichnung: politischer Massenstreik aufge-

bracht, der nach der Ansicht der Erschauer dieses Wortes

etwas anderes sein soll, als der Generalstreik. Ein General-

streik wurde auch der Bergarbeiterstreik genannt. Dazu

eine Bewertung: Die deutschen Gewerkschaften haben alle

## Der Einängige.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

41 Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Das Bekenntnis des Mörders lautete weiter:

„Jeder Nerv hebt mir, wenn ich mich des gräßlichen

Vorgangs erinnere. Ich war meiner Sinne nicht würdig,

ein bestialischer Raub hatte mich erfaßt. Und doch verführ

ich scheinbar ruhig und kaltblütig. Ich nahm die Schlüssel

aus ihrer Tasche, schloß den Sekretär auf und nahm die

darin aufbewahrten zehntausend Mark an mich, ich bedurfte

einer größeren Summe zur Auszahlung und um Morelly

zufriedenzustellen; die Schlüssel verberg ich wieder an ihrem

Platz und stahl mich davon. Ich ging in mein eigenes

Zimmer, wusch mich und kleidete mich um — ich hatte

meinen Anzug in einem Bündel mit mir gebracht — dann

schlich ich mich ebenso geheim, wie ich gekommen, wieder

hinaus. Ich lehnte nach dem Bahnhof zurück, mühte mich

dort unter die aus dem Zug, mit dem ich in der Regel ein-

zutreffen pflegte, aussteigenden Passagiere und sahe in einem

Wagen hierher, zitternd bei dem Gedanken, daß der Ein-

brecher aus irgend einem Grunde seinen Besuch in der Villa

aufgegeben haben könne.

Die Größe meiner Aufregung beim Anblick der Leiche

kann man sich vorstellen — was die Zugen jener Szene

für den unbändigen Schmerz eines liebenden Bruders nahmen,

war Furcht, nervöse Erregung und auch schon beginnende

Reue. Kaum vermochte ich das Bild, was ich sah, zu er-

tragen, ich wollte hinaus in mein eigenes Zimmer, wo ich

zu denken, eine gleichgültige Miene zu zeigen, wenn mir

der Wurm der Reue und Furcht das Herz zu zerreißen

drohte!

„Alles ging anfangs über Erwarten gut. Der Ein-

bruch hatte programmäßig, wie sich Morelly cynisch aus-

drückte, stattgefunden. Der Polizeijunktor hatte nicht nur

den Einbrecher selbst aus der Art seiner Arbeit erraten,

sondern man nahm auch einen jungen Mann unter so bedent-

lichen Umständen fest, daß mit Recht der Verdacht der Schuld

sich auf ihn lenkte. Ich freute mich erst dieses Umstandes,

den ich bald zu beklagen hatte. Der jener junge Mann war

und wie er gerade zu so verhängnisvoller Stunde in den

Keller kam, wußte ich nicht, ich hielt ihn für einen Dieb oder

Bundesgenossen Kollers, jedenfalls kam mir seine Verhaftung

sehr gelegen. An mich dachte niemand, nicht der Schatten

eines Verdachtes senkte sich auf mich, allgemäh war ich der

Gegenstand aufrichtiger Teilnahme. Den blutigen Arbeiter-

anzug, welchen ich bei Begehung der Tat getragen, konnte

ich unbehelligt und unauffällig verbrennen. An Kollers mut-

maßliche Fäselei von dem festsamen einäugigen nächtlichen

Verfänger glaubte kein Mensch.

„Ungebuldig ersuchte ich die Eröffnung des Testaments

herbei. Und nun begann sich das Wort vom Fluch der

bösen Tat, die fortzuehend Böses gebären muß, an mir zu

erfüllen. Der Boden des Gerichtssaales wankte unter

meinen Füßen, als der letzte Wille meiner unglücklichen

Schwester wie das Doanewort einer rächenden Gottheit

an mein Ohr schlug! Alles umsonst — ich hatte gemordet

für meine Ehre, meine eigene Schwester gemordet, und

nun war das Fürchterliche umsonst geschehen! Mordeth

durch

Veranlassung, dem Unfug entgegenzutreten, der in der Arbeiterpresse hier und da in Versammlungen sich breit macht. Wenn nämlich einmal ein Streik nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endet, dann wird sofort von einer großen Niederlage geredet. Ein größerer Unfug ist nicht zu denken. (Lebhafte Zustimmung.) Wie oft schon ist von solch großen Niederlagen gesprochen; so 1890 und 1891, wo es schon hieß, die Gewerkschaften seien ohnmächtig im Kampf gegen den Kapitalismus. Wie oft sind ein Jahr nach einer solchen Niederlage die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden. Haben das die Arbeitgeber aus gutem Herzen getan? Nein, aber sie wollten nicht zum zweiten Male einen solchen „Sieg“ gewinnen. Wenn der Bergarbeiterstreik zu nichts weiterem führt, als zu einer starken, finanziell gut fundierten Organisation, so ist das allein schon ein ganz gewaltiger Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun kommen Leute und sagen: Seht Ihr's, so könnt Ihr nichts erreichen, Ihr müßt eine ganz andere Taktik einschlagen. Wenn die Arbeiter eines Gewerbes nicht siegen können, so sollen andere Arbeiterkategorien die gesamte Produktion lahmlegen, um so auf die Unternehmer, Staats- und Gemeindebehörden und alle Kreise des Publikums einen starken moralischen und materiellen Druck auszuüben. Aber sollten z. B. beim Bergarbeiterstreik die Solidaritätsstreiks wirken, so hätten nicht nur alle deutschen Bergarbeiter, sondern auch die belgischen, englischen und russischen Bergarbeiter in den Streik treten müssen. Hätte das wohl die Chancen des Ausstandes verbessert? — Viele Beispiele für derartig umfassende Sympathiestreiks haben wir nicht. In Spanien soll einmal zur Unterstützung eines Bergarbeiterstreiks die Arbeiterschaft eines ganzen Ortes in den Ausstand getreten sein und binnen wenigen Tagen gestreikt haben. Derartige „Siege“ haben wir in Deutschland auch bei Forderungen Unorganisierter gehabt. Aber dann fragt es sich doch, ob bei den viel schärferen Massengegensätzen in Deutschland durch solche Sympathiestreiks die Kampfe nicht noch viel schärfer werden würden. An ihrem „Generalstreik“ laborieren die Glasarbeiter noch heute und wahrscheinlich noch ein Jahrzehnt; die meistbetroffenen Flaschenarbeiter sind noch heute der Organisation fast verloren. Gewiß rufen die Arbeiter im Kampf, wenn sie nicht anders mehr siegen können, nach allen Seiten um Hilfe. Aber wer ihnen predigt, daß diese Hilfe durch Sympathiestreiks möglich ist, der versteht nichts vom praktischen Leben oder — glaubt an den anarchischen Generalstreik, der die soziale Frage im Handumdrehen lösen soll.

Wir erklärten aus diesem Standpunkt heraus dem Vorstehenden der holländischen Gewerkschaften, seine Organisation sei viel besser, als unsere. Denn sie sei klein, aber bestrebt aus freien Persönlichkeiten und zielbewußten Genossen, die einst alle anderen mit fortziehen könnten. So ist in den letzten Tagen den Redaktionen ein Buch zugegangen: „Der soziale Generalstreik von Reinhold Koller.“ Da wird das anarchische Rezept für den Generalstreik auseinandergesetzt: „Erst streiken die Eisenbahnarbeiter.“ Ich weiß, daß die deutschen Eisenbahnarbeiter die ersten zum Generalstreik werden. Danach die Bergarbeiter. Die gleichen Väter und Fleischer nach sich. Dann läßt der Generalstreik zum ersten Male die herrschenden Klassen das entsetzliche Gespenst des Hungers verstehen und fühlen.“ (Große Heiterkeit.) Nun ist es ja ererblich leichter, mit dem Produzenten aufzuhören als mit dem Konsumieren. (Heiterkeit.) Aber Koller löst die Frage, die bisher nur die Bourgeois beantwortet konnten: Konsumieren ohne zu Produzieren. (Heiterkeit.) Die Väter- und Fleischerläden werden geplündert“ (Heiterkeit.) Wenn man daneben noch ein paar Telegraphendrähte abschneidet und Eisenbahnschienen aufreißt, so müssen sich die Truppen in kleine Gruppen auflösen, werden machtlos und das Proletariat hat gefiegt. Die soziale Frage ist gelöst. (Stürmische Heiterkeit.) Da wundere ich mich nur, daß wir, die wir doch das ABC der Arbeiterbewegung gelernt haben, nicht längst die soziale Frage gelöst haben. (Heiterkeit.) Aber die Propaganda so unsinniger Ideen im Proletariat ist recht gefährlich, weil sie von dem langsamen Vorwärtsschreiten ablenken, mit dem wir allmählich das Ziel der Arbeiterbewegung erreichen. Deshalb bedaure ich, daß im Gegensatz zu den früheren Beschlüssen der internationalen Kongresse von Zürich und London der Amsterdamer Kongreß den ausgedehnten Streik in einzelnen wichtigen Betriebszweigen als das äußerste Mittel anerkannt hat, um bedeutende wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären Vorschlägen auf die Volksrechte zu widersetzen. Ich sehe darin nur eine sehr bedauerliche Konzeption an den Generalstreik. Wir könnten nun ja in den nächsten Tagen in Deutschland die Probe auf das Exempel machen, ob der Generalstreik geeignet ist, ein Abwehrmittel gegen den Raub von Volksrechten zu sein. Kaum irgendwo anders haben sich die Klassengegensätze so zugespitzt wie in Hamburg, die Reaktion ist sehr stark und ich bin überzeugt, die Reaktion wird siegen. Aber der politische Massenstreik würde nur dazu

führen, daß die Senatsvorlage eine noch größere Majorität fände. (Zuruf: Und noch weit schneller angenommen! Zustimmung.) Genosse Wieselthal in Berlin riet ja den Massenstreik an, weil die Polizei das Streikpostenstehen hinderte. (Stimm. Heiterkeit.) Dabei kämpft sich's doch weit hübscher, wenn die Polizei ein bißchen dazwischen ist. (Heiterkeit.) Aber ist der politische Massenstreik im Ernstfalle ein neues Kampfmittel gegen politische Entrechtung? Die Taktik im Kampf gegen Unternehmertum und Reaktion läßt sich nicht beliebig vorausbestimmen, sondern richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen. (Sehr richtig!) Welches Mittel wir wählen, wenn in Zukunft die Reaktion versucht, die Volksrechte zu beschneiden, können wir ruhig der Zukunft überlassen. (Widerspruch und Zustimmung.) Der Massenstreik erscheint mir als ein äußerst zweifelhaftes Kampfmittel. Demonstrationen durch Arbeitseinstellung, die im voraus auf 3 bis 4 Tage vorausbestimmt sind, werden dem Staate nicht wehe tun. Wenn wir etwas Ernstes erreichen wollen, müssen wir wirklich zu etwas ernstern Mitteln greifen. Wir sollen das Vaterland vor eine öffentliche Katastrophe stellen? Aber die Eisenbahner werden nicht so leicht streiken, und bei jeder anderen Arbeiterkategorie müßte der Streik 4-5 Wochen dauern, um die Vorräte zu erschöpfen. Und wer weiß, ob die Indifferenten und Andersorganisierten uns erlauben, den ganzen Produktionszweig stillzulegen. Jedemfalls könnte ein so langer Streik nicht ohne Unterstützungen durchgeführt werden. Selbst wenn wir siegen, hätten wir uns in dem politischen Kampfe so verausgabt, daß die Unternehmer leicht mit uns abrechnen könnten. Unterliegen wir aber, so wäre das verlorene Vertrauen in langen Jahren nicht wiederherzustellen. Die bisherigen Massenstreiks haben auch keine dauernden Erfolge gehabt. In Italien haben die Arbeiter das wertlose Versprechen eines Ministers gewonnen, nicht mehr auf die Streikenden schießen zu lassen, aber das Koalitionsrecht der Eisenbahner verloren. In Schweden ist man sich über eine erneute Probe auf den Generalstreik keineswegs einig und die Resultate in Belgien und Holland sind auch nicht gerade ermutigend.

Das sind Argumente, die gegen die Anwendung des Generalstreiks überhaupt sprechen. Aber wir haben keine Veranlassung zu sagen, daß er nie angewendet werden wird. Die Entscheidung über eine solche Frage schiebt man am besten auf. (Wieselsche Zustimmungserufe, die fast jeden Satz des Redners bis zum Schluß begleiten.) Wir können über den politischen Massenstreik sehr viel diskutieren, aber wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir ihn anwenden. Und aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung muß auch die Diskussion über den Generalstreik verschwinden. Welch ungeheure Mühe, welche ungeheure Opfer hat es gekostet, bis die deutsche Gewerkschaftsbewegung die jetzige hohe Stufe ihres Könnens und ihrer Macht erreichte. Sie ist die Frucht mühsamer Arbeit von 3-4 Jahrzehnten. Zum Weiterleben bedürfen wir der Ruhe. Aber da setzen sich die Literaten hin und schreiben und schreiben. Ed. Bernstein weiß einmal nicht, wie weit er nach rechts gehen soll und dann spielt er sich plötzlich wieder auf den Radikalen hinaus. Mögen die Literaten tun was sie wollen, einen Dienst leisten sie der Arbeiterbewegung nicht. (Vbh. Zustimmung.) Wo hat denn der Gen. Friedberg seine praktische Erfahrung in der Arbeiterbewegung her? (Sehr gut!) Wer leichten Herzens von der Anwendung des politischen Massenstreiks redet, versteht nichts von der praktischen Arbeiterbewegung. (Sehr wahr!) Aber man fragt, was wir anfangen sollen, wenn wir kein Wahlrecht mehr hätten. Wir werden dann im Kampfe die Mittel anwenden, die wir allzeitgemäß betrachten. Und wenn auch die Reaktionen trotzdem das Wahlrecht nehmen, glauben Sie, daß wir dann am Ende unseres Vatelns sind? (Wieselsche Zurufe: Nein, noch lange nicht!) Und wenn man uns auch noch das Koalitionsrecht nähme, glauben Sie, wir wären dann am Ende unseres Vatelns? (Erneute Zurufe.) Heute hat das Gefühl in der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt, daß wir ungerecht behandelt werden. Wir wissen, was wir für Menschenrechte haben und keine Reaktion wird imstande sein, diesen Gedanken in der Bevölkerung auszuröten. Wenn wir die Organisationen stärken, und ihre Mitglieder zu klaffenbewußten überzeugungstreuen Genossen erziehen, können wir mit ruhigem Mute der Zukunft entgegengehen. Dann wird, wenn es einst heißt: kämpfen, die Arbeiterschaft am Platze sein, sie wird siegen und das Ziel erreichen, das sie sich gesteckt hat. (Lebhafte langanhalt. Beifall.)

Ein Antrag Lotz, in der Resolution Bömelsburg den Absatz 3 zu streichen, der sich gegen die Propagierung des politischen Massenstreiks wendet, findet nur etwa 15 Stimmen Unterstützung. Die Unterstufung reicht nicht aus.

In der Diskussion erhält das Wort: E. M. München: Die Frage des politischen Massen-

streiks ist zu ernst, als daß man mit Bömelsburg abweichend Meinungen darüber mit den Schlagworten Revisionismus oder Radikalismus abtun könnte. Auch die Art, wie Bömelsburg über die Literaten geurteilt hat (Zuruf: War sehr gut!), kann ich so allgemein nicht billigen. (R.) In der Konsequenz war es die schärfste Kritik von Karl Marx und Friedrich Engels (Sehe richtig! und lebhafter Widerspruch). Zuruf: Ach, die sind ja längst tot! und ein Appell an die Denkfähigkeit. (Sehr richtig! bei der Minderheit.)

Solange wir auf parlamentarischem und politischem Gebiet Ellenbogenfreiheit haben und vorwärts dringen können, haben wir nicht die mindeste Veranlassung, an dem Generalstreik zu denken, und können alles der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung überlassen. Nach meiner Meinung kann es auch nichts schlimmeres geben, als bei jeder Kleinigkeit mit dem Generalstreik zu drohen. (Lebh. Sehr richtig!) Solch untaftliches Provokieren ist politisch durchaus unklug. (Allgem. Zustimmung.) Wir haben noch eine lange Reihe evolutionistischer Phasen zurückzulegen, ehe wir uns der politischen Macht bemächtigen können. Wir haben noch ungeheure Massen aufzuklären und sehen noch lange nicht an der Welttennde. (Sehr wahr.)

Aber wenn ich sehe, wie die englische Gewerkschaftsbewegung stagniert, aus Mangel an politischer Macht, so kann ich mich des Gedankens nicht erwehren, daß Sachsen, Hamburg und Lübeck auch in Deutschland die erste Etappe einer Entwicklung sind, die darauf hinauslaufen wird, auch in Deutschland die politische Bewegung der Arbeiterklasse zu unterdrücken und die gewerkschaftliche allein zu stellen, damit die beiden großen Arme des Proletariats nicht mehr ineinander greifen können. Und da habe ich keinen solchen Zukunftsglauben, jeder werde in der verantwortungsvollen Stunde wissen, was er zu tun habe. Ich weiß aus Erfahrung, daß sich das anders abspielt, daß in der Stunde der Entscheidung auch ein allgemeiner Witzmar herrschen kann. Aber auch das sich-gelassen lassen hat seine Grenze. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich nicht russische Zustände aufzwingen lassen. (Sehr richtig!) Deshalb kann ich nicht sagen: Diskutiert die Frage des Generalstreiks nicht, schiebt sie heraus. Mit dem Absatz 3 ist die Resolution Bömelsburg für mich unannehmbar. (Vereinzelter Beifall.)

Leim-peters-Bohum (Bergarbeiter) hält die Aeußerung des Referenten über die Literaten doch für berechtigt. Als er Heilbrecht auf dem preussischen Parteitag haben sagen hören, man solle die Arbeiter auf die Schanzen rufen, habe er sich gesagt: Ei, mein lieber Mann, wenn du auf der Schanze stehst und rufen wirst, dann möchte ich einmal sehen, wie viel Arbeiter dir da folgen werden. (Heiterkeit.) Einen Unterschied zwischen dem anarchischen Generalstreik und dem sozialdemokratischen politischen Massenstreik vermag ich nicht zu erkennen. Die Massenstreikpropagierer sagen: wir wollen im friedlichen Massenstreik einige Tage der bürgerlichen Gesellschaft demonstrieren, daß sie ohne Arbeit nicht existieren könne. Das ist sehr richtig, und das weiß die bürgerliche Gesellschaft; sie weiß aber auch, daß die Arbeiter ohne Arbeit nicht leben können. (Sehr richtig!) Ein dreitägiger Generalstreik würde das Vaterland schwer schädigen, aber gerade diejenigen nicht treffen, die wir treffen wollen; das Kapital würde mächtiger als zuvor daraus hervorgehen. Denken Sie an den Generalstreik der Bergarbeiter. Da hatten wir alles für uns, die Sympathie des ganzen Landes und konnten nicht einmal dem Kohlenhandlatter etwas auf den Kopf geben. Ich befreite gar nicht, daß ein Generalstreik einmal kommen mag, aber ihn zu propagieren, ist Generalunsinn, den Glauben zu verbreiten, als könnten wir durch dreitägige Generalhungerkuren so etappenweise in den Zukunftsaat hineinkommen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Loth Berlin (Buchbinder) Ich wünschte, der Referent hätte etwas tiefer geschöpft. (Zuruf: Ja, wie Du! Große Heiterkeit.) So hat er Belgien garrncht erwähnt (Widerspruch) und die Tatsache, daß das jetzige Wahlrecht dort die Folge des Generalstreiks der 90er Jahre ist. Wenn er von den Literaten nichts hält, hätte er sich auch nicht auf den Literaten und Advokaten Turati berufen sollen, der meines Wissens auch noch niemals einen Biegelstein in die Hand genommen hat. (Heiterkeit.) Auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände hat aber Bömelsburg gesagt, wir kämen um die Eüterung nicht mehr herum, nachdem Knautz und Frau Pettin in Bremen für den Generalstreik Propaganda gemacht hätten. Die Gewerkschaften können in der Tat am wesentlichen Bestande der bürgerlichen Gesellschaft nichts ändern. Das darf bei der Beurteilung des Generalstreiks nicht übersehen werden. Vergessen wir nicht, welche Rolle er jetzt in Rußland spielt. Aber der Referent hat eben den Fehler begangen, ungewöhnliche Ereignisse mit gewöhnlichem Maße zu messen. Alle seine Argumente lassen sich gegen jeden Streik anwenden. Die Breslauer „Volkswacht“ hat gemeint, wenn es in Hamburg zum Wahlrechts-

durch die Koller gewonnen, ersterer vermittelte auch, als Morelly nicht mehr wagen durfte, das Haus der Koller zu betreten, des Kapitäns Botschaften an sie oder teilte ihr mit, wo der Kapitän sie abends zu irgend einer Zusammenkunft erwartete.

Am den Beweis nicht allein auf das Zeugnis des Einbrechers zu stützen, eignete ich mir während eines Besuchs in der Wohnung meines Nissen in Bittou eines seiner Taschentücher an, ich brachte mir einen Schnitt in den Oberarm bei, betropfte meine Hände mit Blut und trocknete sie an dem Tuch ab. Ich versteckte das Tuch im Keller an einer Stelle, wo das Mädchen es beim Kohlenholen erblicken mußte.

Ein glücklicher Zufall ließ mich im Garten, dicht an der Mauer, die Kristalle finden. Ich erriet auf der Stelle, daß sie dem jungen Mann bei seinen Verbrechen, die Mauer zu erleitern, entfallen sein mußte, und opferte dreitausend Mark von den erbeuteten Banknoten, die ich mit der Briefstasche in der Tasche, in der man den Gefangenen feinerzeit aufgefunden, vergrub, um den Glauben zu erwecken, er habe die Tasche mit dem Gelde dort verborgen, damit man sie bei seiner Ergreifung nicht bei ihm vorfinde. Meine Erwartung, daß man noch dem Fund des Taschentüch's weitere Nachforschungen im Keller veranstalten werde, ging in Erfüllung, die Briefstasche wurde entdeckt, und brozend zogen sich die Wachen über dem Haupte des Schuldlosen zusammen!

Nunmehr reichte ich die Erbunwürdigkeitsklage ein — es war mein letzter Triumph! Theresie Kollers tödliches Gefährnis, des Javaliden Gewissensbisse hatten unserer Sache

keinen entscheidenden Schaden zugefügt —, da tauchte der Bekräftiger Weisinger, dieser Rechtsanwält Altner, auf der Bildfläche auf und heftete sich wie ein böser Geist an Morelly's Fersen! Das Beste wäre gewesen, dieser hätte unverzüglich den Staub Dresdens von seinen Füßen geschüttelt, aber ich bedurfte seiner noch zu nötig. In seiner Hand vereinigte er alle Schlingen des von uns gestochenen Gewebes. Plötzlich empfing ich einen Eilbrief von seiner Hand unter voller Adresse, worin er schrieb, er müsse schleunigst Dresdens verlassen, ich solle ihm bis zum anderen Tag zehntausend Mark schaffen. Antwort unter unserer Chiffre. Ich bestellte ihn daraufhin für den Nachmittag des nächsten Tages auf eine bestimmte Stunde nach einem Platz im Großen Garten, für welches Zusammentreffen ich die Beobachtung bestimmter Vorsichtsmaßregeln, für den Fall man uns zusammen bemerkte und mich erkannte, in Vorschlag brachte. Selber gelang es mir nicht, mehr als dreitausend Mark aufzutreiben. Damit wollte er sich nicht begnügen, er forderte mehr, und ich mußte versprechen, bis zum anderen Tag wenigstens noch einen Teil der versprochenen Summe zu beschaffen. Ich bestellte ihn für die nächste Nacht auf denselben Platz; ich ließ den ganzen Tag und Abend, wiewohl vergeblich, nach dem Geld herum, erschöpft und beträchtlich verspätet kam ich infolgedessen an den verabredeten Ort. Ich näherte mich vorsichtig von der Seite — da vernahm ich den Schall streitender Stimmen —, ich erblickte, ich unterschied die Stimme Morelly's, er schien mit anderen Personen im Kampf zu sein — eilig zog ich mich zurück. Nun fühlte ich mich nicht mehr sicher, ich beschloß zu fliehen. Die nächste Nacht soll es geschehen; ich muß erst noch Mittel aufreiben, eine Verkleidung

liegt seit einigen Tagen für alle Fälle bereit. Mein Entschluß ist gefaßt; sobald man mich anhält, höre ich auf zu leben; für diesen Fall schreibe ich heute diese Bekenntnisse, ich will meine Tat nicht beschönigen, aber auch nicht verkannt werden!

Alban Sobalt.

So weit reichte die Niederschrift des Mörders — was noch zu wissen not tat, vernahm Schubert, als Sobalt wieder zu sich kam, von seinen Lippen. Am anderen Morgen hatte Sobalt in der Zeitung zu seiner unaussprechlichen Bestürzung die Notiz über Morelly's Gefangennahme und Geständnis gelesen. Der Kapitän hatte ihm fest versprochen, ihn nicht zu verraten. Sobalt nahm an, daß die Erbitterung darüber, daß er das Geld nicht gebracht und nicht zur Zusammenkunft erschienen sei, ihm den Mund geöffnet habe. Nun blieb ihm nichts als sofortige Flucht, für die er schon lange den gepackten Koffer und den Anzug in Bereitschaft hielt — es war zu spät, er eilte nur der gerechten Sühne in die Arme!

Der Staatsanwalt konnte es nicht über sich gewinnen, ihn in seinem Irrtum zu belassen, er erklärte ihm, daß Morelly ihn nicht verraten, daß man ihm eine Falle gestellt habe, in die er gegangen sei.

Da verzerrten sich Sobalts Züge, ein bitteres Lächeln glitt über seine Lippen, unwillkürlich ballten sich seine Fäuste. Dann wich die jähle Spannung einer ebenso plötzlichen Erschlaffung, seine Arme sanken wie gelähmt herab, das Spiel seiner Muskeln erlosch, und er schlief kaum vernehmbar vor sich hin: „Es ist auch so gut.“ (Fortsetzung folgt.)



raub läme, könnte man dort einmal mit dem Generalstreik die Probe aufs Exempel machen. Ich halte es für vollkommen unangebracht, in einer einzelnen Stadt, wie Hamburg, oder auch in einem Lande wie Sachsen, bei einem Wahlrechtstreub zum Generalstreik zu schreiten, weil er in so kleinen Wirtschaftskreisen nicht seine volle Wirkung entfalten kann. Wenn aber im Deutschen Reich es wieder zu einer politischen Entzweiung kommen sollte, wie unter dem Sozialistengesetz, dann werden die Arbeiter zu politischen Massenstreiks greifen müssen. Gegen Zustände, wie in Russland müssen alle Mittel angewandt werden.

Reichstagsabg. Rob. Schmidt: „Alle Mittel“, das ist bloß eine schöne Phrase. „Alle Mittel“ kann man nicht anwenden. Man hat zu prüfen und abzuwägen, ob ein Mittel erfolgreich ist. Dafür hatte ich nun den politischen Massenstreik gegen reaktionäre Maßnahmen einer Regierung nicht. Alle Erfahrung lehrt, daß die Anwendung dieses Mittels nur die Reaktion stärkt, genau so, wie die Anwendung der Gewalt. Man sollte nicht immer das Schreckgespenst der Wahlentziehung an die Wand malen. Seien wir nicht so nervös und zimperlich. Schreiben wir nicht immer: Das wird kommen! Unsere Nachposition ist eine ganz andere als früher. Wir haben die Stärke, der Gefahr ruhig ins Auge zu schauen. (Verb. Zustimmung). Nicht einträglich genug kann der Arbeiterklasse die Gefahr des Massenstreiks vor Augen geführt werden. Es ist nichts anderes, als ihr die Schlinge um den Hals legen und der Bourgeoisie zuzurufen: zieh zu. (Verb. Beifall). Die Mittagspause tritt ein.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 30. Mai 1905.

13. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Lieberding, Frhr. von Stengel, Dr. Stäbel.

Eine Rechnungssache wird debattelos erledigt. Ebenfalls debattelos werden auf Antrag der Geschäftsordnungskommission die Gesuchen der Staatsanwaltschaft um Genehmigung der Strafverfolgung gegen die Abg. Pcus (SD.) und Thiele (D.) wegen Verleumdung durch die Presse abgelehnt.

Der Berichterstatter der Geschäftsordnungskommission Abg. Kirsch (Z.) verliest ein Schreiben des Stellvertreters des Reichstanzlers, in welchem das Gesuchen des Reichstags um Mitteilung von Akten über ein gegen den Abg. Jessen (Däne) schwebendes Strafverfahren wegen Verleumdung abgelehnt wird. Dagegen sei der Justizminister bereit, dem Reichstags auf Grund der Akten Auskunft erteilen zu wollen. Die Kommission beantragt durch ihren Berichterstatter hierzu eine Erklärung, durch welche die Beschlagnahme des Manuskripts eines Artikels in der dem Abg. Jessen gehörigen Zeitung „Helsingborg Avis“ und die Durchsuchung der Räume der Zeitung als eine Strafuntersuchung gegen den Reichstagsabgeordneten Jessen ohne Genehmigung des Reichstags und somit als ein Verstoß gegen den Artikel 11 der Reichsverfassung bezeichnet wird.

Etichoff (SP.): Die Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht scheinen überlegungslos und aus Eifer gehandelt zu haben, als sie gegen Herrn Jessen eine Hausdurchsuchung in einer Zeit verfügten, als derselbe hier seinen parlamentarischen Pflichten oblag. Das Landgericht hat denn auch dies Verfahren des Amtsgerichts für unzulässig erklärt. Wir erwarten, daß der Reichstag einstimmig dem Kommissionsantrage zustimmt. (Verb. Beifall links und im Zentrum.)

Sachem (Z.) (mit lauter Stimme): Es handelt sich um nichts weniger als um die Verletzung der Immunität eines Reichstags-Abgeordneten. Offenbar wird ein einmütiges Reichstagsvotum die Wiederholung eines derartigen Falles verhindern. (Beifall links und im Zentrum.)

Stora (SP.) stimmt den beiden Vorrednern vollkommen zu. Der betr. Amtsrichter hat es mit seiner amtlichen Stellung für vereinbar gefunden, gleichzeitig als politischer Agitator in seinem Gerichtsbezirk aufzutreten.

Singer (SD.): Ich kann meine Verwunderung darüber nicht unterdrücken, daß seine Vertreter der Reichsregierung Schritte getan haben, um zu verhindern, daß irgend ein Amtsrichter in die Immunität der Abgeordneten eingreift. (Sehr richtig! links.) Der Reichstanzler hätte dafür sorgen müssen, daß der betr. Beamte unter Anklage gestellt wäre, oder doch wenigstens eine Rüge bekommen hätte. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Büsing (M.): Unbedingt hätte ein Vertreter des Reichstanzlers an den Verhandlungen teilnehmen müssen. (Verb. Sehr richtig!) Auch mir mißbilligen das Vorgehen gegen den Abg. Jessen aufs Schärfste.

Jessen (Däne) freut sich über die Einstimmigkeit des Reichstags, polemisiert gegen den Abg. Stockmann und erklärt, daß der Amtsrichter Schwarze wiederholt als politischer Agitator aufgetreten sei. Der Strafantrag gegen mich hatte einen politischen Hintergrund. (Beifall links.)

Dove (SPg.) erblickt ebenfalls in dem Vorgehen des Amtsgerichts eine zweifelhafte Verletzung der Reichsverfassung. (Beif. links.)

Stockmann (Sp.) ist ebenfalls für den Kommissionsantrag. Redner polemisiert gegen den Abgeordneten Jessen.

(Staatssekretär Graf Posadowsky tritt mit einer roten Mappe unter dem Arm den Saal.) Jessen (Däne) polemisiert gegen den Abgeordneten Stockmann.

Hiermit schließt die Diskussion. Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen. (Bravo! links.)

Präsident Graf Ballerstein: Ich bedauere, daß mir vor dem Ende der Tätigkeit in dieser Session stehen. Die Ueberlicht der Tätigkeit des Reichstages in der zweiten Hälfte der Session wird den Mitgliedern gedruckt ausgehen.

v. Normann (K.) spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses für seine Geschäftsführung aus.

Präsident Graf Ballerstein dankt dem Hause für die ihm gezollte Anerkennung und erteilt das Wort zur Mitteilung einer allerhöchsten Botschaft dem Grafen Posadowsky als Stellvertreter des Reichstanzlers.

(Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe dem hohen Hause eine äußerliche Botschaft mitzuteilen: Wir Wilhelm... ermächtigen hiermit unseren Staatsminister Grafen Posadowsky, gemäß Art. 12 der Verfassung die gegenwärtige Sitzung des Reichstages in unserm und der verbündeten Regierung Namen am 30. Mai d. J. zu schließen.

Gegeben Neues Palais, 30. Mai 1905.

Wilhelm.

Auf Grund der Allerhöchsten Ermächtigung erkläre ich hiermit namens der verbündeten Regierungen den Reichstag für geschlossen.

Präs. Graf Ballerstein bringt ein Hoch auf den Kaiser aus, in das die im Saale anwesenden Abgeordneten dreimal einstimmen.

Schluß 2 1/2 Uhr.

## Soziales und Parteileben.

**Zur Aussperrung im Schneidergewerbe.** Mehr und mehr zeigt es sich, daß die Scharfmacher im Schneidergewerbe mit ihrer Gehülfenaussperrung keinen Erfolg haben. Nicht nur weigern sich zahlreiche Firmen, dem Aussperrungsbeschluß Folge zu leisten, es treten sogar viele aus dem Scharfmacherverband aus. In Dresden haben ihn z. B. zehn namhafteste Firmen den Rücken gekehrt. Unter solchen Umständen kann natürlich von einer Vernichtung der Gehülfenorganisation u. nicht im entferntesten die Rede sein. Im Gegenteil! Die Herren Scharfmacher fallen dem wohlverdienten Spott anheim. In Hannover wurde am Donnerstag in allen Geschäften, die auf Unterzeichnung des Reverses standen, die Arbeit eingestellt. Nach den vorläufigen Feststellungen sind 346 Streikende eingetragen. Davon sind 327 organisiert. — In Kassel haben die maßgebenden Arbeitgeber, da sie mit ihren Gehülfen einen bis zum Jahre 1908 gültigen Lohnvertrag abgeschlossen haben, Kontraktbruch begangen und 90 bis 100 Gehülfen in 10 Geschäften ausgesperrt. In Stuttgart sind 350 Gehülfen ausgesperrt resp. im Streik. In Mainz und Straßburg dauert der Streik fort, desgleichen in Gießen. Mit dem Laufend Hamburger Aussperrten und denen Münchens, Frankfurts a. M., Nürnbergs und der kleineren Ortschaften mag sich die Gesamtzahl der Streikenden und Aussperrten bis jetzt auf etwas mehr als 4000 belaufen.

**Die Krise im Baugewerbe in Dortmund** ist derart zugespitzt, daß der rheinisch-westfälische Arbeitgeberverband, wenn die von den Arbeitern verhängte Sperre über einzelne Bauplätze nicht aufgehoben wird, beabsichtigt, sämtliche organisierten Bauarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk auszusperrn. In Betracht kommen 4000 Arbeiter. Von den Gewerkschaften wie von den Arbeitgebern werden Verhandlungen einberufen, in denen die kritische Lage besprochen werden soll.

**Ein Hungerstreik** droht in Budapest auszubrechen. Die Arbeiter der dortigen Eisen- und Metallgießerei, etwa 27000 Mann, haben beschlossen, in dem allgerade am Ausbruch stehenden Zustand zu treten.

**Der Parteitag in Jena** wird nach einer im sozialdemokratischen Verein in Jena gemachten Mitteilung in der Woche vom 17. bis 24. September stattfinden.

**Genosse Bernstein** erläßt im „Vorm.“ folgende Erklärung: „Auf dem Gewerkschaftskongreß sagte, laut Bericht des „Vorm.“, bei Beratung der Frage des politischen Massenstreiks der Referent, Genosse Bömelburg: „Zum Weiterstreben bedürfen wir der Ruhe. Aber da sehen sich die Literaten hin und schreiben und schreiben. Der Ede Bernstein weiß einmal nicht, wie weit er nach rechts gehen soll, und dann spielt er sich plötzlich wieder auf den Rabulalen hinaus.“ Sofern in dieser Bemerkung der Vorwurf eines Spiels mit Ansichten liegen soll, muß ich sie entschieden zurückweisen. Ich habe die Anschauung, daß und warum der Streik als politisches Kampfmittel unter bestimmten Umständen notwendig und auch erfolgreich sein kann, vor elf Jahren in der „Neuen Zeit“ entwickelt — vergleiche den Jahrgang XII I. S. 680 ff. — und seitdem unausgesetzt vertreten. Meine „revisionistischen“ Theorien konnten an dieser Anschauung gar nichts ändern, sie im Gegenteil nur bekräftigen. Ich will mich hier nicht rärer darüber auslassen, da ich auf Wunsch der Breslauer Parteigenossen schon Montagabend in Breslau in einer Versammlung über den Gegenstand referieren und es mir zur Aufgabe machen werde, dort eingehend das Für und Wider dieser wichtigen Frage zu erörtern. Ich begreife es sehr wohl, daß unsere Gewerkschaftsführer, je mehr sie sich der Verantwortlichkeit ihrer Stellung bewußt sind, auch um so stärker das Bedürfnis empfinden, der Propagierung der Idee des Generalstreiks als Mittel zur Bekämpfung der Gewerkschaften entgegenzuwirken, denn ich bin mit ihnen der Ansicht, daß nichts der Entwicklung der Gewerkschaften schädlicher sein würde, als wenn sie sich verketten ließen, ihre Taktik einseitig durch den Generalstreik zu justifizieren oder auch nur die Meinung aufkommen lassen, als sei derselbe eine nach Belieben ins Wert zu setzende Maßregel. Aber alles hat seine Grenzen. Es gibt im Völkerverleben Momente, wo höhere allgemeine Rücksichten auch die Rücksicht zu Mitteln auf die Tagesordnung setzen, die in normalen Verhältnissen als ungeeignet befunden werden. Im übrigen sei noch bemerkt, daß ich keineswegs nur „Literat“ bin, sondern nach Möglichkeit an der praktischen Arbeiterbewegung mitarbeite. Das sollte auch Bömelburg wissen.“

## Aus Nah und Fern.

**Luftmord eines Polizeimeisters.** In dem vordolischen Städtchen Brailow ließ dieser Tage der Polizeimeister ein durch seine Schönheit bekanntes Dienstmädchen ohne jede nähere Begründung als Diebin verhaften. Das Mädchen wurde in die Privatwohnung des Polizeimeisters geführt und von diesem dort genötigt. Am nächsten Morgen fand man die Leiche des Mädchens außerhalb der Stadt auf einem Müllhaufen, und der Polizeimeister ordnete die sofortige Bestattung an. Die Bevölkerung, die über diese Brutalität aufs höchste erzert war, erstattete dem Staatsprokurator telegraphisch Meldung von dem Vorfall, was zur Folge hatte, daß die Leiche wieder ausgegraben und der saubere Herr Polizeimeister verhaftet wurde.

**Eine internationale Zeitungsausstellung** findet im Juni 1905 in Leipzig statt. Zur Ausstellung sind alle Zeitungen, Zeitschriften, Journale, Mode-, Bild-, Fach- und Gewerkschaftsblätter zugelassen.

**Für ein Arbeiterleben drei Tage Gefängnis!** Ein Unfall im Steinbruch brachte den Steinbruchbesitzer Picard aus Wittingen (Kreis Saarburg) wegen fahrlässiger Tötung vor die Strafkammer in Oberammer. Das Unglück hatte sich in einem Steinbruch bei Daberhammer bei Sprengarbeiten ereignet. Da verschiedene Vorsichtsmaßnahmen ver-

abstammt worden waren, flog ein schweres Steinstück einem Italiener an den Kopf, und zwar mit solcher Wucht, daß er tot zusammenfiel. Da der Angeklagte für die Vorsichtsmaßnahmen hätte sorgen müssen, nahm das Gericht ein fahrlässiges Verschulden seinerseits an und verurteilte ihn zu 3 Tagen Gefängnis.

**Opfer eines Denunzianten.** Nach sieben-jähriger Dienstzeit wurde in Stuttgart ein Bremser mit der Begründung, er sei zum Eisenbahndienst nicht geeignet, entlassen. Nach sieben Jahren will die Generaldirektion dahinter gekommen sein. Der Mann, der all die Jahre gut getan, hat auch seine Prüfungen mit bestem Erfolge bestanden, sich lange Zeit mit einem Tagelohn von Tage und schreibe 210 Mk. durchgedarbt, immer in der Hoffnung, bereinst eine feste Stellung zu erhalten; nach sieben Jahren sieht sich der Mann auf die Straße gestellt, denn er ist „ungeeignet“ zum Eisenbahndienst. Der Entlassene macht sich gar sonderbare Gedanken über diese plötzlich entdeckte mangelnde Qualifikation. Er hat nämlich gelegentlich der Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Sperka und dem Bauernbündler Reichert geäußert: Der Eisenbahner, der seine fünf Sinne beisammen habe, könne keinen Bauernbündler wählen. Eine schmutzige Seele unter den Kollegen hatte nichts eiligeres zu tun, als diese Aeußerung oben wieder anzubringen. Eine Auseinandersetzung mit Kollegen, bei der einige drastische Bemerkungen gebraucht wurden, gab Veranlassung, bei der Generaldirektion über den Missetäter zu berichten. Die Entlassung war die Folge. Alle Bemühungen des Entlassenen, seine Wotiomachung rückgängig zu machen, waren erfolglos. Die Bitte, ihm Einmütigkeit in seiner Personalfolge zu gewähren, damit er sich eventuell gegen falsche Anschuldigungen verteidigen könne, wurde von der Generaldirektion abgewiesen.

**Verbotene Klassiker.** In der letzten Sitzung des württembergischen Landtages fragte der Volksparteiler Herr den Kultusminister Wisjäger, ob es ihm bekannt sei, daß in den Privatseminaren, zu denen der Staat Zuschüsse leistet, das Lesen der Werke Goethes, Schillers und Lessings verboten ist! Der Minister erklärte, davon nichts zu wissen; wenn es aber bestche, dann müsse es abgeschafft werden.

## Standsamtlige Nachrichten

vom 21. Mai bis 27. Mai 1905.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

15. Mai. Arbeiter J. Th. H. Willendorf, 17. Maschinist W. F. G. Dole, 18. Arbeiter C. J. A. Strauß, Fabrikarbeiter H. G. Stelling, Gerichtsschreibergehilfe C. Th. J. Stein, 19. Bierfahrer J. J. J. Denter, Schlosser F. F. Friedt, Friseur J. W. Müller, Arbeiter H. J. G. Geers, 21. Tischler C. G. C. H. Karppe, Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. L. E. J. Wittern, Arbeiter J. J. F. Meier, Maurer C. H. G. Hürig, Privatmann G. F. A. Wogges, Vorwerk, Arbeiter W. M. F. Johanns, 22. Maurer A. C. A. W. Lau, 23. Zahnmechaniker M. C. A. Hansmann, Stunfingärtner J. J. Th. Bollert, Steinbrucher M. D. Eichbaum, 24. Fabrikant J. W. C. Wengenroth, Bäcker F. G. J. Stigel.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

14. Mai. Badeanstaltsbesitzer C. Walter, 14. Geschäftsreisender F. C. C. Liebke, 17. Arbeiter J. A. Waller, Arbeiter J. C. A. Meyer, 18. Arbeiter J. J. G. Wolf, Kaufmann K. A. Th. Ross, 19. Bahnarbeiter G. D. Th. Petersen, Handlungsgehilfe G. F. G. Dahn, Stellmacher J. G. W. Starbow, Schiffskapitän W. C. Hehl, 20. Tischler G. F. Th. Bollert, Arbeiter C. W. Th. Edmann, 21. Buchbinder Th. Vinn, Arbeiter J. G. Th. Org, Arbeiter J. W. O. Wegner, 23. Kaufmann J. F. G. Fortmann, Arbeiter J. F. Freitag, 24. Mendant am Werk- und Buchhause A. E. F. Boy, 25. Schuhmann G. C. A. Schula, 27. Müller F. G. C. Efflandt.

Sterbefälle.

21. Mai. A. L. D. Steinhagen, 82 J. Berufsführer A. J. St. Haude, 49 J. C. E. M. geb. Oldorp, Ehefrau des Maurers J. J. W. Lübr, 42 J. (Wahrsinn). 22. E. R. F. geb. Mahnde, Ehefrau des Arbeiters C. Th. W. Jacobs, 61 J. C. F. C. geb. Kanstein, Witwe des Holzjägers J. G. D. Nittscher, 77 J. C. A. M. Th. Staud, 9 1/2 M. (Gothmund), Privatmann Th. F. Scheel, 69 J. 23. Bahnarbeiter G. Th. L. Rogge, 80 J. C. D. M. geb. Böhlis, Witwe des Halbhufners J. G. Brätsmann, 64 J. C. E. C. geb. Dehlsen, Witwe des Rentiers W. Th. C. Ross, 69 J. 24. L. C. M. geb. Rod, Witwe des Kleinmergersellen J. G. C. Wötcher, 83 J. C. M. D. geb. Garten, ger. Plasmann, Ehefrau des Arbeiters C. H. Delmann, 61 J. L. W. Kunstmann, 11 M. A. W. M. W. Althal, 7 M. Handlungsreisender K. N. Wehde, 29 J. 25. E. L. C. geb. Steffens, Witwe des Bäckermeisters G. A. C. Freitag, 80 J. G. Offen, 1 J. C. E. D. geb. Deterfen, Witwe des Schneiders J. C. L. Vermergen, 86 J. Mieter W. F. J. Fahmann, 33 J. C. L. geb. Hamann, Witwe des Gastwirts B. Schubad, 62 J. 26. F. A. Gramkow, 2 1/2 M. 27. P. G. M. R. Engels, 3 M. C. P. Mir, 3 J. 4 M.

Angeordnete Aufschote.

22. Mai. Arbeiter C. G. C. Burmeister und C. E. H. Städer, 23. Arbeiter J. M. C. Stüme und C. W. C. G. Holtreiter, 24. Arbeiter C. A. B. Bruhn und A. C. E. Pelterson in Niendorf a. d. Ostsee, Kirchnervogt C. E. F. Gaad und B. C. Korduan, Maser L. E. W. Wille und F. Lamparkti, Zimmermann C. G. F. W. Hartmann in Bremen und B. C. M. Hoff in Hernburg, 25. Arbeiter C. E. M. Ulrich und B. Dombrowski, beide in Rostock, Schneidergehilfe F. J. W. Dunter in Schlutup und A. W. D. Zimmermann in Kattenhof, Schlosser G. J. W. Schröder und B. M. W. Wüstenberg in Niendorf, Arbeiter A. C. F. Nagel und J. E. F. Groth in Grob-Witt, 26. Schmied F. C. G. T. Wegmann und D. G. H. G. Geschäftsführer C. J. A. Leopold und C. Behrens, Tischler J. C. F. Doje und B. J. M. L. Sager, Schlosser H. L. G. Wietfeld und D. G. Weibrod, beide zu Rehm, Steinbrückergehilfe A. J. Falke und A. M. Wobete, beide in Hamburg, 27. Arbeiter J. J. G. Steer und A. M. Grevesmühl in Stehna.

Eheschließungen.

23. Mai. Postassistent M. G. L. Dreßahl zu Nenzen und E. R. C. Kummel, Seemaschinist C. E. L. Petersen und A. L. A. Krause, 25. Händler L. G. Schumann und M. M. J. Heinrich, 27. Stukfaturer G. A. Linke zu Vorhagen-Kummelsburg und D. M. C. Othst, Arbeiter C. F. W. Doje und A. Neumann, Zimmermann J. G. C. Warnde und A. Faber, Arbeiter F. F. J. Dettmann und D. L. C. Gords zu Grob-Steinrade, Schuhmacher C. C. Christianten und C. S. F. Tegen.

# Sarg-Magazin

Fernsprecher 427. **Gebr. Mütter**  
 obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.  
 Eiserne Grabkrenze.

Uebersführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

## Petersen's Klubhaus

Neu eröffnet! Hartongrube 23/27.  
 Am Himmelfahrtstage: **Tanzkränzchen.**  
 Eintritt frei. Anfang 4 Uhr nachm.

## Louisenlust.

Am Himmelfahrtstage:  
**Große Tanz-Musik**  
 W. Glöe.

## Kolosseum

Am Himmelfahrtstage:  
**Große freie Tanzmusik**  
 in beiden Sälen.  
 Abwechselnd Streich- und Militärmusik.  
 Anf. 4 Uhr. Eintr. à Person 10 Pf.  
 W. Dassler.

## Central-Hallen.

Dankwartgrube 20-22.  
 Am Himmelfahrtstage:  
**Großer Tanz**  
 in beiden Sälen.  
 Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

## Friedrich-Franz-Halle

Am Himmelfahrtstage:  
**Familien-Kränzchen**  
 Gustav Glöe.

## Gesellschaftshaus Wlkersdorf.

Am Himmelfahrtstage:  
**Tanz-Kränzchen.**  
**Waisen-Hof.**  
 Am Himmelfahrtstage:  
**Tanz.**

## Kaffeehaus Moising.

Am Himmelfahrtstage:  
**Großes Ringreiten.**  
 A. Schreiber.

## Ringreiten

am Himmelfahrtstage  
 nachmittags 4 Uhr.  
**Heinr. Meyer, Krepelsdorf.**

## Zum Himmelfahrtstage.

**Tiergarten**  
 Arnimstraße 51  
 Angenehmer Familienaufenthalt.  
 Gute Speisen und Getränke zu zivilen Preisen.  
 Großer Tierbestand. Fütterung 6 Uhr.  
**Eintritt frei.**  
 Kinder ohne Begleitung Erwachsener haben keinen Zutritt.  
 W. Grammerstorf.

## Restaurant Wakenitz-Ruh

Kerrlich geschützter Biergarten.  
 Direkt am Wasser gelegen  
**Lübeck's schönster Aufenthalt.**  
 Vermietung von Luftbetten.  
 F. Frantz, vis-à-vis der Moltkebrücke.

## Konzerthaus Flora.

Anfang 4 Uhr. Am Himmelfahrtstage: **Tanzkränzchen.** Anfang 4 Uhr.  
**Eintritt frei.**

## Neu-Lauerhof.

Jeden Sonntag:  
**Großes Familienkränzchen.**  
 Freier Eintritt. Freier Tanz.

## Gesang-Verein „Eintracht“.

**Ausflug mit Musik nach Eutin**  
 (Holsteinische Schweiz)  
 am Sonntag den 11. Juni (1. Pfingsttag).  
 Abfahrt 7.40 Uhr morgens. Rückfahrt 11.28 Uhr abends.  
 Fahrpreis für Mitglieder Mk. 1.65, Nichtmitglieder Mk. 2.40.  
 Mitgliedskarten nur beim Voten Hilmöller, Wahnstraße 85, sowie Sonnabend, abends von 9-10 Uhr im Vereinshaus.  
 Die Karten sind spätestens bis Sonnabend den 10. Juni abends abzuholen.  
 Fremden-Karten sind bei Wittfoot, Sükstraße 18 und im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52 zu haben.  
 Der Vorstand.

## Deutscher Schneider-Verband.

(Zahlstelle Lübeck.)  
**Außerordentliche Mitglieder = Versammlung**  
 heute, Mittwoch den 31. Mai 1905  
 abends 8 1/2 Uhr  
 bei Leeke, Lederstrasse 3.  
 Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Sämtliche Hausarbeiter sowie Nichtorganisierte sind hierzu extra eingeladen.  
 Die Ortsverwaltung.

### Bekanntmachung.

Meiner werten Kundschaft hiermit zur Kenntnisnahme, dass ich nach wie vor nur

≡ **grüne Rabattmarken** ≡

verabfolge und nicht schwarze Marken gebe, wie irrtümlich bekanntgegeben wurde.

Ausserdem bemerke ausdrücklich, dass die grünen Rabattmarken nicht eingehen.

## Harry Dahm

Lübeck: Königstrasse 89, Ecke Wahnstrasse u. Schönkampstrasse 6.  
 Schwartau: Markt 14.

Billigste Bezugsquelle sämtlicher Manufakturwaren.

## Das Schuhwaren-Lager von Herm. Bade,

Marienstrasse 2.

bringt sein reichhaltiges Lager der gediegensten Artikel für den Sommerbedarf etc. in empfehlende Erinnerung. — Sämtliche aus bestem Material angefertigten — sowohl in Fassung als Qualität — Schuhwaren-Artikel in reicher Auswahl auf Lager.

## Einsegel

Am Himmelfahrtstage:  
**Große Tanz-Musik.**  
 Anfang 4 Uhr.

## Wakenitz-Bellevue.

Am Himmelfahrtstage:  
**Freies Tanzkränzchen.**  
 H. Furbüter.

## Stiftungs-Fest

des  
**Arbeiter-Vereins Moorgarten**  
 am Sonntag den 4. Juni d. J.  
 im Lokale des Herrn Hering,  
 Moorgarten.  
 Eintritt f. Herren 1 Mk., Damen 20 Pf.  
 Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
 Der Vorstand.

## Brauerei Tadenburg.

Donnerstag den 1. Juni 1905,  
 am Himmelfahrtstage:  
**Gr. Garten-Konzert**  
 Musik d. Heyden'schen Kapelle.  
 Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf.  
 Programm gratis

## Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschl.

(Zahlstelle Lübeck)  
 Die Teilnehmer am Ausfluge nach Schwartau werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Vereinsdampfer **präzise 2 Uhr** vom Travenpavillon abfährt. Diejenigen, welche diesen Dampfer veräumen, können auf das Billet mit dem nächsten fahrplanmäßigen Wetterich'schen Dampfer, 2 1/4 Uhr, fahren. Zur Fahrt auf späteren Dampfern berechtigt das Billet nicht.  
 Das Komitee.

## Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

**Morgentour nach Waldhufen**  
 über Trenzsdorf  
 am Himmelfahrtstage.  
 Abmarsch pünktlich 6 Uhr von der Burgtorbrücke.  
 Um zahlreiche Beteiligung bittet  
 Der Besichtigungsausschuß.

## Verein f. Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Himmelfahrt, 1. Juni 1905  
**Wanderung**  
 nach Schlutup (Tiemann Schlut. Mühle)  
 Abmarsch: nachmittags 2 Uhr von der Burgtorpolizeiwache über Wedloe.  
 Rückmarsch über Carlshof.  
 Mittwochs Kinderspiele in Carlshof.

## Stadt-Halle.

Donnerstag: Abonnements-Vorstell. 23.  
 Mit neuen Gesangs Einlagen:  
**Der Registrator auf Reisen.**  
 Gesangsposse in 4 Akten.  
 Die Temperamente der Liebe, gelungen von Grete Liebreich.  
 Das Frostmärchen, gef. v. P. Förster.  
 Im Laufe dieses Jahres, gef. v. W. North.  
 Anfang 7 Uhr. Von 6 Uhr: Konzert.  
 Freitag: Abonn. Vorstellung 24.  
 Zum letzten Male:  
**Sein Prinzeßchen.**